

Bastian Matteo Scianna

Madame

Europe

*Katharina Focke,
die SPD und die
europäische
Einigung*



**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, info@fes.de

Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie

herausgegeben von Anja Kruke und Stefan Müller, Archiv der sozialen Demokratie

Redaktion

Stefan Müller | stefan.mueller@fes.de

Design/Layout & Umschlaggestaltung

Kreativrudel GmbH & Co. KG, Bonn, kreativrudel.de

Druck und Herstellung

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

April 2026

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
public.history@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Der Text dieser Publikation unterliegt der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0. Unter Nennung des Urhebervermerks darf dieser für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet und unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden. Weiterführende Hinweise zu dieser CC-Lizenz und dem ihr zugrunde liegenden Standardlizenzvertrag finden sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/?lang=de>

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/legalcode.de>

ISBN 978-3-98628-826-6

ISSN 14316080

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier: ↗ www.fes.de/publikationen



Bastian Matteo Scianna

Madame Europe:

*Katharina Focke, die SPD und die
europäische Einigung*

Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie
Heft 26

Inhalt

Die vergessene Europäerin	7
Kindheit und Jugend	8
Die Entwicklung der europäischen Ideale Katharina Fockes	13
Über das Wesen des Übernationalen – die Dissertation	13
Bildungswerk Europäische Politik (1961–1969)	16
Wege nach Gesamteuropa (1965/66)	18
Quereinsteigerin in die SPD (1964)	19
<i>Europäer in Frankreich</i> und Raymond Rifflet	21
Im Kanzleramt (1969–1972)	22
Wahlkampf 1969 und neues Amt	22
Die „verdeckte Europaministerin“	26
Den Haag, 1./2. Dezember 1969	32
1970: Der Kampf um die Verwirklichung der Haager Beschlüsse ...	36
Die deutsche Ratspräsidentschaft	40
Stillstand oder Aufbruch? Das Jahr 1971	43
Neuer Gipfel, neues Glück? Paris 1972	48
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit	52
Wechsel zu Schmidt	55
In Straßburg (1979–1989)	57
Fazit	59
Literaturverzeichnis	62
Über den Autor	68

Die vergessene Europäerin

Die „Gründungsväter“ Europas sind reich besungen worden. Konrad Adenauer, Robert Schuman, Jean Monnet und Alcide De Gasperi gehören zum festen Kanon des europäischen Einigungsnarrativs. Und die Frauen? Die historische Erforschung der europäischen Integration wurde lange stiefmütterlich behandelt, erfährt inzwischen aber zunehmend Aufmerksamkeit.¹ Dies gilt in Teilen auch für die Rolle von Frauen im europäischen Einigungsprozess.²

Erstauulich wenig erforscht ist bislang die erste Person, die unter Willy Brandt quasi zur Europaministerin wurde. Katharina Focke war von 1969 bis 1972 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt und hier vor allem für die Europapolitik zuständig. In der Presse war bekannt, dass Focke eine elegante Erscheinung war, gerne segelte und ihren VW Scirocco-Sportwagen liebte – aber was sagt ihre Ernennung über die Europapolitik Brandts und der deutschen Sozialdemokratie aus? Gab es eine integrationsfreundliche Strömung innerhalb der SPD, die lange keineswegs als *die* Europa-Partei galt? Welche Rolle spielten die europapolitischen Verbände und informellen Netzwerke gerade in der Zeit, als die SPD noch in der Opposition war? Was sagt der Aufstieg Fockes über die Frauengeschichte der Bundesrepublik und ihres politischen Systems? Wie versuchte Focke, ihre föderalistischen Ideale in der Tagespolitik umzusetzen, und wie erfolgreich war sie dabei – auch im Hinblick auf ihre doppelte Außenseiterrolle? Denn als Frau fiel sie aus dem damaligen politischen Rahmen und war zudem kein „Parteigewächs“ mit eigener Hausmacht. Wie vertrug sich ihre europä-

1 Vgl. hierzu exemplarisch als Überblick *Kiran Klaus Patel*, Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung. Ein Forschungsbericht, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 50, 2010, S. 595–642.

2 *Gabriele Abels/Heather MacRae*, *Whose story is it anyway? Studying European integration with a gender lens*, in: *Gabriele Abels et al. (Hrsg.), The Routledge Handbook of Gender and EU Politics*, London 2021, S. 1–14; *Maria Pia Di Nonno (Hrsg.), Le madri fondatrici dell'Europa*, Rom 2017. Zu Simone Veil vgl. auch *María de la Paz Pando Ballesteros*, *Simone Veil. A Europeanist Committed to the Defence of Human Rights*, in: *David Ramiro Troitiño/Ricardo Martín de la Guardia/Guillermo A. Pérez Sánchez (Hrsg.), The European Union and its Political Leaders. Understanding the Integration Process*, Cham 2022, S. 261–278. Vgl. auch die Konferenz „Women’s narratives and European integration history“, Luxemburg, 27./28. April 2023, aus der ein Tagungsband entstehen wird. Vgl. URL: <https://www.uni.lu/c2dh-en/articles/interdisciplinary-conference-womens-narratives-and-european-integration-history/> [20.10.2024].

politische Verve mit der Neuen Ostpolitik? Diesen Fragen geht der vorliegende Beitrag nach. Der Schwerpunkt liegt auf Fockes Arbeit im vopolitischen Raum und vor allem auf ihrer Zeit im Bundeskanzleramt. Abschließend erörtert der Beitrag, wie Focke sich nach ihrer Zeit im Palais Schaumburg für die europäische Einigung einsetzte und wie ihre Zeit im Europäischen Parlament (EP) in diesem Zusammenhang zu bewerten ist.

Im Folgenden wird Focke schlaglichtartig im Kontext des Leitthemas ihres politischen und wissenschaftlichen Schaffens untersucht: Europa. Die Untersuchung erhebt nicht den Anspruch, eine umfassende Biografie zu sein. Sie geht dennoch neben den oben skizzierten Leitfragen von biografiethoretischen Überlegungen aus. Sie stützt sich primär auf den Nachlass Focke im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Überlieferung des Bundeskanzleramts im Bundesarchiv (BArch) in Koblenz. Zusätzlich wurden Briefwechsel aus dem reichen Fundus der Fondation Jean Monnet pour l'Europe (FJM) ausgewertet und Überlieferungen im Archiv der Europäischen Union (Historical Archives of the European Union, HAEU) am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz durchgesehen. So ließen sich die wenigen Egodokumente Fockes hinreichend ergänzen. Hinzu kamen aufschlussreiche Interviews mit Beate Kohler und Karsten Brenner.³

Kindheit und Jugend

Elsbeth Charlotte Katharina Friedlaender wurde am 8. Oktober 1922 in Bonn geboren. Sie wuchs wohlbehütet im bürgerlichen Kölner Süden und in Berlin auf. 1929 zog die Familie über den Atlantik. Ihr Vater wurde stellvertretender Direktor der Agfa, einer I.G.-Farben-Tochterfirma in Kalifornien.⁴ Damals noch ein unbekannter, wengleich sehr erfolgreicher

³ Für die umfassende Unterstützung bei den Archivrecherchen sei allen beteiligten Archiven gedankt, im Besonderen Vincent Bezençon von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe (FJM) sowie Sarah Wefel vom Archiv der sozialen Demokratie (AdsD). Ebenso danke ich meinen Interviewpartnern Beate Kohler und Karsten Brenner. Mein besonderer Dank gilt Stefan Müller, der dieses Projekt von Anfang an mit großem Engagement begleitet hat, sowie Tom Hillebrand, der diesen ersten Aufschlag zu Katharina Focke mit einer umfassenden Biografie erweitern wird.

⁴ Zu Friedlaenders Vita allgemein vgl. *Norbert Frei*, Ernst Friedlaender – eine biographisch-publizistische Skizze, in: *Norbert Frei/Franziska Friedlaender* (Hrsg.), Ernst Friedlaender. Klärung für Deutschland. Leitartikel in der ZEIT 1946–1950, Wien 1982, S. 7–33.

Geschäftsmann, wurde Ernst Friedlaender in der frühen Bundesrepublik ein bedeutender Publizist. 1931 kehrte die Familie nach Europa zurück. Die Wirtschaftskrise und die politische Instabilität in Deutschland wirkten wenig anziehend, weshalb die Familie für mehrere Jahre zwischen der Schweiz und Frankreich pendelte. An schönen Orten und finanziellen Mitteln mangelte es nicht.

Zwischen 1934 und 1946 ließ sich die Familie dauerhaft in Liechtenstein nieder. Die Friedlaenders bezogen eine Villa in Vaduz. Trotz des Alpenidylls spielte Ernst Friedlaender anfangs mit dem Gedanken an eine Emigration nach Übersee, entschloss sich aber letztlich, in Europa zu bleiben.⁵ Befand sich die Familie also im Exil oder kann man von einer Flucht vor dem Nationalsozialismus sprechen? Beides hängt von der Definition dieser Begriffe ab. Friedlaender hegte keinerlei Sympathien für die neuen Machthaber und beobachtete die Entwicklung in Deutschland mit großem Verdruss. Zudem wäre er im NS-System aufgrund seiner jüdischen Wurzeln gefährdet gewesen. Doch auch in den Alpen kamen die Friedlaenders mit dem Nationalsozialismus in Kontakt. Als die NSDAP im Juni 1933 in Liechtenstein gegründet und sogleich der Landesgruppe Schweiz unterstellt wurde, lebten dort 455 Deutsche.⁶ In diesem Umfeld wuchs die junge Elsbeth heran.

Zunächst wurde sie zu Hause unterrichtet. Ab 1934 ging sie auf das Pädagogicum Fridericianum in Davos. Diese Schule war durch versuchte Einflussnahme aus dem Dritten Reich geprägt, was sich etwa auf jüdische Mitschülerinnen und Mitschüler direkt auswirkte.⁷ Davos galt als die „deutsche Zitadelle“⁸ in der Schweiz.⁹ Focke sprach in späteren Interviews nie über diese Zeit. Zum Wintersemester 1941/42 begann sie, in Zürich Nationalökonomie zu studieren. Sie musste das Studium jedoch abbre-

⁵ *Frei, Friedlaender, 1982, S. 9.*

⁶ *Jürgen Klöckler, Rezension Peter Bollier: Die NSDAP unter dem Alpenfirn, in: FAZ v. 13.6.2017.*

⁷ *Peter Bollier, Zwischen Husten und Homer. Das Schulsanatorium Fridericianum Davos, Davos 2018.*

⁸ „Davos – die deutsche Zitadelle“, in: *SRF v. 22.4.2015.*

⁹ *Peter Bollier, Die NSDAP unter dem Alpenfirn. Geschichte einer existenziellen Herausforderung für Davos, Graubünden und die Schweiz, Chur 2016.*

chen, um sich bis 1946 „teils im Haushalt, teils als Sekretärin zu betätigen“.¹⁰ Schon in dieser Zeit habe die Politik ihr Leben geprägt und im Mittelpunkt der Familiengespräche gestanden, wie sie rückblickend erzählte.¹¹ Auch an der Entstehung der Bücher ihres Vaters, etwa *Das Wesen des Friedens*¹² oder *Deutsche Jugend* (1947), habe sie „leidenschaftlichen Anteil“ genommen.¹³ Die nächtlichen Ausarbeitungen des Vaters habe sie mit ihm diskutiert. Dieser habe somit „ganz stark“ ihr frühes Denken über eine Friedensordnung und die Integration Europas gefördert und beeinflusst.¹⁴ In *Das Wesen des Friedens* entwarf Ernst Friedlaender einen „übernationalen Ort“, der auf dem Kulturkreis – etwa dem des Abendlands – als „allein noch mögliche politische Übernationalität“¹⁵ basierte, und erteilte dem Nationalismus, dem größten Feind des Friedens, eine klare Absage – eine Begrifflichkeit, die seine Tochter später aufnehmen sollte. Am Ende des Zweiten Weltkriegs fasste Friedlaender seine Gedanken zur Neuordnung Deutschlands auf Englisch zusammen. Sein *Germany after Hitler* erschien jedoch nie.¹⁶ Darin plädierte er trotz deutscher Schuld für „einen Friedensschluss mit Deutschland, nicht gegen Deutschland“,¹⁷ wie es der Historiker Norbert Frei ausgedrückt hat.

Im Juni 1946 reiste Friedlaender nach Hamburg, um Publikationschancen und Rückkehrmöglichkeiten nach Deutschland auszuloten. Hier kam er mit Richard Tüngel, Gerd Bucerius, Marion Gräfin Dönhoff und anderen Köpfen der *Zeit* in Kontakt.¹⁸ Obwohl Friedlaender keinerlei Erfahrung im Journalismus hatte, wurde er eingestellt. Zur gleichen Zeit nahmen die Friedlaenders Churchills Züricher Rede sehr genau wahr. Sie bestärkte Vater und Tochter in der Überzeugung, dass in Europa eine echte supranati-

¹⁰ *Elsbeth Friedlaender*, *Das Wesen des Übernationalen*, Dissertation, Universität Hamburg 1954, Lebenslauf.

¹¹ Interview Focke, 16.9.1998, S. 1 f., in: Historical Archives of the European Union (hiernach HAEU), INT643.

¹² Das Werk wurde 1940 unter dem Pseudonym Ernst Feger in anderer Form als *Frieden und Abendland* 1945 in der Schweiz und 1947 in Deutschland publiziert. Vgl. *Frei*, *Friedlaender*, 1982, S. 10.

¹³ Warum bin ich Sozialdemokrat?, Bad Godesberg 1969, S. 1.

¹⁴ Interview Focke, 16.9.1998, S. 1, in: HAEU, INT643.

¹⁵ *Frei*, *Friedlaender*, 1982, S. 10.

¹⁶ Vgl. *Gerd Bucerius*, *Vom Wesen der Demokratie*, in: *Die Zeit* v. 25.3.1983.

¹⁷ *Frei*, *Friedlaender*, 1982, S. 11.

¹⁸ Ebd., S. 14.

onale Integration stattfinden müsse.¹⁹ Doch zunächst gab es dringlichere Fragen zu klären. Im Oktober 1946 zog die Familie nach Hamburg. Friedlaender wurde von Oktober 1946 bis Juli 1950 vielbeachteter Leitartikler, Gesellschafter und kurzzeitig auch stellvertretender Chefredakteur der *Zeit*. Im Oktober zog neben seinem Sohn Ernst auch Elsbeth (Katharina) mit nach Hamburg, die sogleich „zeitweise in der Redaktion assistierte“.²⁰

In der unmittelbaren Nachkriegszeit verfolgte Friedlaender in seinen Kolumnen teilweise neutralistische Positionen.²¹ Er wollte Deutschland als Subjekt, nicht nur als Objekt behandelt sehen, pochte auf Einheit und Selbstbestimmung und lehnte die Oder-Neiße-Grenze ab. Friedlaender wollte deshalb nicht, dass Deutschland einem der Blöcke angehörte: „Wir wollen kein amerikanisches Deutschland und kein russisches Deutschland. Der Streit der beiden Weltmächte ist nicht unser Streit.“²² Friedlaender änderte jedoch seine Haltung. Er sah die Gründung der Bundesrepublik als beste Option an und zog die Freiheit der Einheit vor.²³ Darin glich er Konrad Adenauer, den er als Rundfunkkommentator medienwirksam interviewte. Friedlaender engagierte sich früh auch in europapolitischen Verbänden: Im Deutschen Rat der Europäischen Bewegung genauso wie in der Europa-Union.²⁴ Er nahm seine Tochter häufig zu den Treffen mit, etwa zur zweiten Konferenz 1953 in Den Haag, wo sie den Geist der frühen Integrationsbewegung erleben konnte. Sie sei „in der Europa-Bewegung politisiert“²⁵ worden, schrieben spätere Kollegen.

Zunächst setzte Elsbeth ihr Studium in Hamburg fort. Sie wollte Lehrerin werden, um zur Festigung der neuen Demokratie beizutragen. Im Jahr

¹⁹ Interview Focke, 16.9.1998, S. 1, in: HAEU, INT643.

²⁰ *Frei*, Friedlaender, 1982, S. 15. Vgl. auch ihre eigene Darstellung in *Katharina Focke*, Ein Meisterwerk als Persönlichkeit, in: *Dieter Buhl* (Hrsg.), *Marion Gräfin Dönhoff. Wie Freunde und Weggefährten sie erlebten*, Hamburg 2006, S. 56–72.

²¹ Vgl. z. B. *Ernst Friedlaender*, *Der deutsche Standpunkt*, in: *Die Zeit* v. 20.11.1947.

²² Zit. nach *Alexander Gallus*, *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990*, Düsseldorf 2001, S. 111.

²³ *Ebd.*, S. 112.

²⁴ Interview Focke, 16.9.1998, S. 2 f., in: HAEU, INT643.

²⁵ *Horst Ehmke*, *Mittendr. Von der großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 186.

1949 musste sie jedoch aufgrund eines Todesfalls in der Familie ihr Studium abermals unterbrechen und assistierte ihrem Vater bis September 1951.²⁶ Anschließend ging sie im Rahmen eines journalistischen Austauschprogramms für ein Jahr in die USA. Sie studierte Journalismus, amerikanische Geschichte, Politik und Soziologie an der Universität von Oklahoma.²⁷ Dort musste sie die Entwicklungen in Deutschland erklären und ihren Gesprächspartnern versichern, wie sie rückblickend angab, dass in der Bundesrepublik „nicht mehr alle böse Nazis waren“.²⁸ Nach ihrer Rückkehr aus den USA beendete sie ihr Studium in Hamburg. Während dieser Zeit habe sie die „Grenzstürme“ der Jugend an den europäischen Grenzen und das „Niederreißen der Grenzpfähle“ „sehr eng verfolgt und es als etwas außerordentlich Wichtiges und mich selbst Mitberührendes und Engagierendes beobachtet“.²⁹

Nach dem Studium begann sie eine Promotion, „in der Absicht“, wie sie in einem ihrer Dissertation beigefügten Lebenslauf erklärte, sich „nach bestandener Doktorprüfung zum Zulassungsexamen für Anwärter des höheren Auswärtigen Dienstes zu melden“.³⁰ Da das Alterslimit für die Aufnahme in die Attachéausbildung bei 32 Jahren lag, wollte sie ihre Dissertation zügig abschließen und betätigte sich nicht in studentischen Europaorganisationen.³¹ Letztlich habe ihr Mann verhindert, dass sie sich um die Aufnahme in den diplomatischen Dienst bewarb.³²

²⁶ Interview Focke, 16.9.1998, S. 3, in: HAEU, INT643.

²⁷ *Friedlaender*, Wesen, 1954, Lebenslauf.

²⁸ Interview Focke, 16.9.1998, S. 4, in: HAEU, INT643.

²⁹ Ebd. Doch die Grenzstürmer hätten leider, so Focke 1963, „nur demonstriert, aber nichts an der Wirklichkeit geändert“. Vgl. *Ernst Friedlaender/Katharina Focke*, Europa über den Nationen, Köln 1963, S. 10.

³⁰ *Friedlaender*, Wesen, 1954, Lebenslauf.

³¹ Interview Focke, 16.9.1998, S. 3 f., in: HAEU, INT643.

³² *Bonner Rundschau*, 1.10.1970, in: Bundesarchiv Koblenz (hiernach BAArch), B 136/41111.

Die Entwicklung der europäischen Ideale Katharina Fockes

Über das Wesen des Übernationalen – die Dissertation

Der frühe föderalistische Einfluss schlug sich in Fockes Doktorarbeit nieder. Diese wird oft nur beiläufig erwähnt. Doch hinter dem abstrakt klingenden Titel *Über das Wesen des Übernationalen* steckt eine fundierte Analyse des supranationalen Charakters des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die Vertragstexte zur (nicht erfolgten) Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und der Entwurf zur Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) behandelte sie nachrangig. Die im Mai 1954 an der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg eingereichte Arbeit ging juristisch vor, verband aber auch die anderen Studienfächer Fockes, nämlich Geschichte und Politik. Daher finden sich hier Aussagen, die auf ihre persönlichen Einschätzungen schließen lassen. Focke wollte eine Analyse des Wortes und des Phänomens „übernational“ vorlegen und dabei auch auf völkerrechtliche Ideen zurückgreifen. Ihr Ziel formulierte sie so: „Das Wesen des ‚Übernationalen‘ soll durch die Analyse der drei sogenannten ‚übernationalen‘ Gemeinschaften sichtbar gemacht werden.“³³ Dabei stellte sie fest: „Sprachlich richtiger ist das auch manchmal verwendete Wort ‚supranational‘, das dem französischen und englischen Wort für ‚übernational‘ entspricht.“³⁴ Sie trat daher für eine supranationale Integration ein. Ihre Arbeit analysierte die Gründung, Struktur und Funktionsweise der EGKS und ging zudem detailliert auf die Nachkriegssituation in Europa ein.

Focke skizzierte den Niedergang der europäischen Nationalstaaten, ihre wirtschaftlichen Strukturprobleme, das Ende von Hegemonie oder Gleichgewicht als Kategorien des europäischen Staatensystems, die sow-

³³ Friedlaender, *Wesen*, 1954, S. 1.

³⁴ Ebd., S. 2, Anm. 4. Noch in Regierungsverantwortung sprach sie sich gegen den ihrer Ansicht nach zu unscharfen Begriff „supranational“ aus. Vgl. Focke an Fritz Hellwig (Vizepräsident EWG-Kommission), 25.3.1970, in: BAArch, B 136/6417.

jetische Bedrohung sowie die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA.³⁵ Daraus leitete sie die Notwendigkeit einer engeren Kooperation der europäischen Länder ab, zumal in allen Gründungsstaaten der Montanunion (außer in Frankreich, das weiterhin stark im nationalen Rahmen dachte) „Souveränität kein absoluter Wert mehr“³⁶ sei. Das Modell einer übernationalen Integrationsform stehe für eine Reaktion auf die „Furcht vor Hegemonie und der Konzentration der Kräfte zwischen den beiden Riesen-Weltmächten. Die Wahl der beiden übernational organisierten Sachgebiete, Montanindustrie und Verteidigung, ist eine Konsequenz aus den beiden anderen Faktoren, aus den wirtschaftlichen Strukturproblemen und der Bedrohung von außen.“³⁷

Focke recurrierte auf die Unterstützung für die europäischen Projekte in der Bevölkerung (und durch die Europaverbände im vorpolitischen Raum) und zog Parallelen zur Nationalstaatsbildung des 19. Jahrhunderts.³⁸ Dies zeigt, wie deutlich sie den juristischen Rahmen hinter sich ließ. Zudem dachte sie über die Gründungsstaaten der EGKS hinaus und hielt fest, dass schon „geringe politische Verschiebungen genügen können, damit weitere Mitglieder beitreten, wobei nicht zuletzt die politische Anziehungskraft eines einmal gebildeten europäischen Kernlandes von Bedeutung ist“.³⁹ Sie entwickelte damit früh ein neofunktionalistisches Verständnis der europäischen Integration, wonach erfolgreiche Integrationsbemühungen zu weiteren Fortschritten, auch in neuen Feldern, führen könnten.

Zusammenfassend beschrieb Focke den „Bundesstaat als Fernziel übernationaler Entwicklung“.⁴⁰ In ihren abschließenden Worten führte sie aus, dass dieser Prozess, etwa bei einem Nachlassen der sowjetischen Bedrohung oder des politischen Willens, auch umkehrbar sei: „Solange die Ge-

³⁵ *Friedlaender, Wesen*, 1954, S. 118–126.

³⁶ Ebd., S. 144.

³⁷ Ebd., S. 129.

³⁸ Ebd., S. 134–141.

³⁹ Ebd., S. 145.

⁴⁰ Ebd., S. 154.

meinschaft nicht einen bundesstaatsähnlichen Grad der Konzentration mit ihrer Mindestvoraussetzung der Unauflöslichkeit erreicht hat, ist es daher möglich, dass das Übernationale wieder verloren geht, wie es entstand.⁴¹ Die Alternative sei, dass „der einmal in Gang gekommene übernationale Prozess aus seiner ihm innewohnenden Dynamik heraus und durch die Tatsachen und Gesinnungen, die er schafft, weiterwirkt, selbst bei reduzierten Faktoren der politischen Notwendigkeit. Und zwei dieser Faktoren, die wirtschaftlichen Strukturprobleme und die europäische Schwäche zwischen zwei Weltmächten, erscheinen als langfristige Voraussetzungen europäischer Politik.“⁴²

Ihre Promotionsurkunde erhielt sie 1954 – an ihrem Hochzeitstag. Aus Elisabeth Friedlaender „wurde“ Katharina Focke. Ihren Mann hatte sie während ihrer Studienzeit kennengelernt. Ernst Günter Focke (1914–1961) stammte aus Sachsen, war Jurist und FDP-Mitglied.⁴³ Auf Empfehlung Ernst Friedlaenders wechselte er von Brüssel nach Bonn. Er wurde Generalsekretär des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung und übernahm dieselbe Rolle auch in der Europa-Union.⁴⁴ Seit April 1956 war er zudem „Sekretär“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).⁴⁵ Damit war er in den europäischen Verbänden und im vorpolitischen Raum ebenso gut vernetzt wie sein Schwiegervater: Ernst Friedlaender war von 1954 bis 1957 Präsident der Europa-Union und bis 1958 auch Präsident des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung. Eine solche Ämterhäufung war in der Frühphase der Europaverbände keine Seltenheit, wie das Beispiel Baron Friedrich Carl von Oppenheims zeigt, der eine wichtige Rolle in der Vita

⁴¹ Ebd., S. 167 f.

⁴² Ebd., S. 168.

⁴³ Daniel Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 bis 1972, München 1999, S. 82.

⁴⁴ Stahl an Retinger, 8.2.1952, in: HAEU, ME-0598.

⁴⁵ Eisermann, Außenpolitik, 1999, S. 82. Die DGAP-Geschäftsstelle war im Jahr zuvor nach Bonn übersiedelt, während das Institut den Hauptsitz bis 1960 weiterhin in Frankfurt behielt.

Katharina Fockes spielte.⁴⁶ Oppenheim war ein bedeutender finanzieller Förderer des Europagedankens, stieg 1958 zum Präsidenten der Europa-Union und somit zum Nachfolger Friedlaenders auf und behielt diesen Posten bis 1973.⁴⁷ Ernst Günter Focke bezog seine Frau, wie sie rückblickend darstellte, in „alles“ ein, und sie lernte über ihn „viele führende Europäer“ kennen,⁴⁸ doch er verstarb bereits im April 1961.

Bildungswerk Europäische Politik (1961–1969)

Ernst Günter Focke war in führender Position an der Gründung des Bildungswerks Europäische Politik – dem heutigen Institut für Europäische Politik – in Köln beteiligt. Gemeinsam mit Friedlaender war er Mitglied im Kuratorium sowie im Direktorium und leitete die Arbeitsgruppe, die Vorarbeiten zur Errichtung des Bildungswerks leistete.⁴⁹ Sein früher Tod stellte Katharina Focke vor die Frage, wie ihr künftiges Leben aussehen sollte. Nach ihrer Hochzeit war sie nicht hauptberuflich tätig gewesen, doch nun avancierte sie zur Geschäftsführerin des Bildungswerks, das die Bildungsarbeit der Europa-Union, der Jungen Europäischen Föderation

⁴⁶ Zwischen beiden entwickelte sich eine enge Freundschaft; Oppenheim legte stets Blumen am Grab ihres verstorbenen Mannes nieder. Vgl. Focke an Oppenheim, 16.5.1972, in: AdsD, 1/KFAA000044. Vgl. auch *Jürgen Mittag*, Im Zeichen des verbandlichen Europa-Engagements. Die Europa-Union, Friedrich Carl von Oppenheim und die Gründung des Instituts für Europäische Politik, in: *Hartmut Marhold* (Hrsg.), *Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik*, Baden-Baden 2019, S. 65–85, hier S. 77. Beide wohnten in Köln-Marienburg. Oppenheim lud häufig zu privaten Versammlungen in sein Haus in der Lindenallee 47, wohin Focke aus der Pferdengasse 34 zu Fuß gehen konnte. Im Hause Oppenheim fanden häufig Gesprächsrunden statt, zu denen spätere Kollegen Fockes hinzustießen, etwa Walter Scheel, damals Vize-Präsident des Deutschen Bundestages und eine integrationsfreundliche Stimme in der FDP. Scheel schrieb Focke, er versuche seine „Vorstellungen über europäische Politik vor den Gremien der FDP nach wie vor – und ich glaube sogar, neuerlich mit einer gewissen Hoffnung auf Wirkung“ vorzutragen. Vgl. Scheel an Focke, 3.10.1967, in: BAArch, N 1417/154. Focke und Oppenheim sahen in Scheel einen engen Verbündeten: „Von Ihnen erwartet nicht nur die FDP, sondern die deutsche Öffentlichkeit eine Standortbestimmung Ihrer Partei. Der FDP haben wir ‚Europäer‘ immer wieder eine im Vergleich zu CDU und SPD national akzentuierte Politik vorgeworfen, wobei allerdings Ihre Person uns immer eine Ausnahme zu bilden schien. Viele Menschen haben die FDP im Verdacht, nun in der Opposition – besonders durch die NPD provoziert – einen ‚rechten‘ Kurs steuern zu wollen. In der Deutschlandpolitik gibt es hingegen in der FDP starke Tendenzen zu besonders progressiven Überlegungen. Würde es Sie in dieser Situation nicht ebenso interessieren wie uns, bei einer Gelegenheit wie dem Kolloquium im Hause Oppenheim den Stellenwert von Nation und Nationalbewusstsein für die deutsche Politik in einem Teilnehmerkreis zu prüfen, der hierzu sicher interessante und vielfältige Gesichtspunkte zusammentragen kann?“ Vgl. Focke an Scheel, 25.9.1967, in: BAArch, N 1417/154.

⁴⁷ Zu Oppenheim vgl. *Jürgen Mittag/Wolfgang Wessels* (Hrsg.), *Der kölsche Europäer. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung*, Münster 2005.

⁴⁸ Interview Focke, 16.9.1998, S. 4, in: HAEU, INT643.

⁴⁹ *Hartmut Marhold*, Die Geburtsstunde des Instituts für Europäische Politik: Akteure und Faktoren, in: *Marhold* (Hrsg.), *Wegbegleiter*, 2019, S. 39–64, hier S. 60, 63.

listen sowie der Europahäuser und des Gustav-Stresemann-Instituts koordinieren und unterstützen sollte. An dieser wichtigen Schaltstelle der informellen Europapolitik spielte Focke zwischen 1961 und 1969 eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung der Europapolitik und des Europagedankens im vorpolitischen Raum. Durch Seminare, Publikationen und Ausstellungen versuchte sie, zwischen Bonn und Brüssel ebenso zu vermitteln und zu informieren wie zwischen der Politik und der Bevölkerung. Sie verstand ihre Rolle als „Lobbyarbeit“, wollte „Inputs“ geben, „mit denen die Europa-Union ihrerseits Forderungen an Bundesregierung, Bundestag oder auch im internationalen Bereich stellen konnte“.⁵⁰

Eine erste Duftmarke setzte sie wenige Monate nach ihrer Amtsübernahme. Mit Hilfe ihres Vaters lud sie am 11. März 1962 zu einem Treffen auf Schloss Auel bei Köln, bei dem Heinrich von Brentano (CDU) und Karl Mommer (SPD) die „führenden Kontrahenten“ waren und Personen aus Brüssel und den Europaverbänden hinstießen. Anlass war der Fouchet-Plan des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, den Focke als „Attacke“ auf die Gemeinschaft und „bedrohliche Aushöhlung oder Überwölbung mit einer renationalisierten Politik“ sah.⁵¹ Die vielbeachtete Aueler Erklärung, die das Präsidium der Europa-Union am 13. März annahm, plädierte für eine Vertiefung der Integration und die Stärkung der bestehenden Institutionen.⁵² Nach Fockes Einschätzung trug die Erklärung dazu bei, dass die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag den Vorrang der Europäischen Gemeinschaft vor rein bilateralen Abkommen bekräftigte.⁵³

Viele der vom Bildungswerk publizierten Schriften deckten Aspekte ab, denen sich Focke später in politischer Verantwortung widmete.⁵⁴ In Gerda

⁵⁰ Interview Focke, 16.9.1998, S. 5, in: HAEU, INT643. Zur Bedeutung des Bildungswerkes vgl. *Wilfried Loth*, Das Institut für Europäische Politik im europäischen Integrationsprozess, in: *Marhold* (Hrsg.), *Wegbegleiter*, 2019, S. 23–38.

⁵¹ Interview Focke, 16.9.1998, S. 6, in: HAEU, INT643. Zu den Fouchet-Plänen vgl. *Wilfried Loth*, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt a. M. 2020, S. 104 f.

⁵² *Vanessa Conze*, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005, S. 362 f.

⁵³ Interview Focke, 16.9.1998, S. 6, in: HAEU, INT643.

⁵⁴ Insgesamt entstanden zwischen 1961 und 1973 35 Bände in der Schriftenreihe, die Focke und Beate Kohler leiteten. Vgl. *Beate Kohler*, Das Institut für Europäische Politik in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren. Vom Bildungswerk Europäische Politik zum Institut für Europäische Politik, in: *Marhold* (Hrsg.), *Wegbegleiter*, 2019, S. 87–109, hier S. 96.

Zellentin fand sie eine enge Kooperationspartnerin. Die Politikwissenschaftlerin arbeitete zunächst an der Universität zu Köln und wurde 1970 Professorin für Politische Wissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal.⁵⁵ Zellentin wurde in das Direktorium des Bildungswerks kooperiert und verfasste später Gutachten für die Bundesregierung zur Reform der europapolitischen Zuständigkeiten der Bonner Ressorts.⁵⁶ Im Direktorium wurde Zellentin eine wichtige Ratgeberin für Focke. Gemeinsam entwickelten sie Ideen, etwa für eine Publikationsreihe, deren Titel und Zugschnitt sie eng abstimmten und die als Grundlage der Bildungsarbeit und öffentlichen Darstellung der europäischen Einigung dienen sollte.⁵⁷ Und dies nicht nur in Europa: Nach John F. Kennedys Besuch in Deutschland 1963 wollte Focke über ihren Kontakt zu Henry Kissinger eine gemeinsame Publikation mit ihrem Vater in den USA auf Englisch verbreiten lassen.⁵⁸

Wege nach Gesamteuropa (1965/66)

Die in Fockes Augen „wichtigste thematische Vorarbeit“ für den Konnex zwischen europäischer Einigung und Neuer Ostpolitik war der Band *Wege nach Gesamteuropa*, der 1965/66 entstand. Dabei sei ihr immer klarer geworden, dass „der Zusammenhang zwischen westeuropäischer Integration, einer notwendigen und möglichen gesamteuropäischen Entwicklung und – darin eingebettet – die Überwindung der Teilung Deutschlands ein immer wichtigeres Thema werden würde. (...) Mein Vater und ich beschlossen einfach, der Europa-Union dieses Thema aufzuzwingen.“⁵⁹ Gemeinsam mit Zellentin verfassten Katharina Focke und Ernst Friedlaender auf der Basis einer umfangreichen Dokumentation⁶⁰ eine „Denkschrift zur gesamteuro-

⁵⁵ Zur Rolle Zellentins vgl. Kohler, Institut, 2019, S. 95 f., und auch die retrospektive Darstellung in Katharina Focke, Freundschaft zwischen Wissenschaft und Politik, in: Wolfgang Bergem et al. (Hrsg.), Friedenspolitik in und für Europa. Festschrift für Gerda Zellentin zum 65. Geburtstag, Opladen 1999, S. 199–210.

⁵⁶ Interview Focke, 16.9.1998, S. 5, in: HAEU, INT643.

⁵⁷ Focke, Freundschaft, 1999, S. 200 ff.

⁵⁸ Focke an Kissinger, 26.6.1963, in: Yale University Library Digital Repository, Henry A. Kissinger Papers, Part II, Series I, Box 20, Folder 24.

⁵⁹ Interview Focke, 16.9.1998, S. 5, in: HAEU, INT643.

⁶⁰ Bernhard Busmann (Hrsg.), Wege nach Gesamteuropa. Dokumentation der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa 1943–1965, Köln 1966.

päischen und gesamtdeutschen Politik“, die im November 1966 auf dem Kongress der Europa-Union in Baden-Baden besprochen wurde.⁶¹ Darin hieß es, „Gesamteuropa“ reiche „bis zur Westgrenze der Sowjetunion“,⁶² also nicht bis zum Ural, wie de Gaulle postuliert hatte. Deutschland lasse sich „entweder gesamteuropäisch oder überhaupt nicht wiedervereinigen“, was auch deutschlandpolitische Flexibilität bedinge.⁶³ Daher plädierte die Denkschrift auch für eine deutsch-polnische Aussöhnung und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze, ebenso für einen Verzicht Deutschlands auf Kernwaffen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den sozialistischen Ländern.⁶⁴ Die Erklärung stieß auf Gegenwind und wurde nur stark abgeschwächt verabschiedet. Besonders der Landesverband Hamburg wehrte sich gegen die ostpolitischen Aussagen und viele CDU-Mitglieder der Europa-Union sträubten sich. „Was in den letzten drei Jahren in den Landesverbänden der Europa-Union Deutschland brodelte, gewissermaßen als Ersatzgericht für die von de Gaulle versalzene westeuropäische Suppe, das schien auf dem 16. Kongress der Union in Baden-Baden überzukochen: ein emphatisches Ja zu Osteuropa, eine kaum verhohlene, zähneknirschende Hinnahme der Existenz der ‚DDR‘“, berichtete *Die Welt* mit wenig Sympathie.⁶⁵ Focke und ihr Vater schienen halbwegs zufrieden: 50 Prozent des anvisierten Ziels seien immer noch genug, befanden sie.⁶⁶ Wie sehr Focke mittlerweile nicht nur politisch dachte und als Intellektuelle große Entwürfe verfasste, sondern zunehmend auch handelte, zeigt sich an ihrem Eintritt in die SPD 1964.

Quereinsteigerin in die SPD (1964)

Bereits 1966 wurde Katharina Focke in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt und widmete sich dort vor allem der Bildungs- und So-

⁶¹ Das Memorandum *Wege nach Gesamteuropa* der Friedlaenders war in der gedruckten *Dokumentation* nicht enthalten. Es befindet sich in BArch, N 1352/25.

⁶² *Ernst Friedlaender/Katharina Focke, Wege nach Gesamteuropa*, 1966, S. 4, in: BArch, N 1352/25.

⁶³ Ebd., S. 26 ff.

⁶⁴ *Loth*, Institut, 2019, S. 24 f.

⁶⁵ „Mit der Nacht aber kamen in Baden-Baden die Besonnenen“, in: *Die Welt* v. 24.11.1966, in: BArch, N 1352/25.

⁶⁶ *Focke*, Freundschaft, 1999, S. 204.

zialpolitik. Dennoch befasste sie sich weiter mit außenpolitischen Fragen. Auf dem Dortmunder Parteitag hielt sie im Juni 1966 ihre erste Rede – zu „Gesamteuropa“. Diese sei „selbst Herbert Wehner“ aufgefallen, der sich „sehr positiv“ über das gemeinsame Memorandum mit ihrem Vater geäußert habe.⁶⁷ Wehner war Mitglied in Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa und stand damit für eine integrationsfreundliche Linie innerhalb der SPD. Im Aktionskomitee seien, wie Focke die informelle Runde in der Rückschau lobte, „auch die Sozialdemokraten endlich zu guten Europäern“ geworden.⁶⁸ Darüber hinaus spielten Fritz Erler und Karl Mommer als Vorbilder eine wichtige Rolle für Focke. Beide erwähnte sie bei jeder Gelegenheit und sah sie als „Transmissionsriemen sehr direkter Art zwischen dieser non-governmental-Aktivität [der Europaverbände, Anm. d. Verf.], die wir da betrieben und dem, was politisch umgesetzt wurde.“⁶⁹ Auch Willy Brandt traf sie in dieser Phase vermutlich erstmals anlässlich einer Rede bei der Europa-Union. Focke teilte das Anliegen, die Deutschland- und Europapolitik enger zu verknüpfen, wie sie Wehner in einem Brief schrieb.⁷⁰ Dies müsse der Bevölkerung und den SPD-Genossen schärfer eingebläut werden, denn „die sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren haben z. B. – bei aller Anerkennung ihres Stichwortcharakters – eine Chance verpasst, dies zu verdeutlichen. Wenn Willy Brandt von Europäischer Friedensordnung spricht, so vermisste ich oft den Akzent auf Ordnung, die ja institutionalisiert sein und mehr sein muss als ein Sicherheitspakt, und für die nun einmal Ansätze einzig und allein in den Formen der Zusammenarbeit liegen, die in den Europäischen Gemeinschaften entwickelt wurden.“⁷¹ Auf Fockes Vorschlag hin wollte Wehner eine Europakonferenz der SPD unterstützen. Hierbei komme es, wie Focke zustimmend schrieb, auf „die richtige Mitte zwischen Realismus und Zukunftsperspektiven“ an.⁷²

⁶⁷ Interview Focke, 16.9.1998, S. 6, in: HAEU, INT643.

⁶⁸ Ebd., S. 12.

⁶⁹ Ebd., S. 6.

⁷⁰ Focke an Wehner, 14.2.1968, in: AdsD, 1/KFAA000044.

⁷¹ Ebd.

⁷² Focke an Wehner, 5.4.1968, in: AdsD, 1/KFAA000044.

Europäer in Frankreich und Raymond Rifflet

Das europa- und ostpolitische Denken Fockes in der späten Phase ihrer Zeit beim Bildungswerk zeigt sich auch in ihrem Austausch mit dem belgischen Sozialisten und Föderalisten Raymond Rifflet. Im Frühjahr 1966 schickte Focke ihm den Band *Europäer in Frankreich*. Rifflet beglückwünschte sie dazu, der deutschen Öffentlichkeit das europhile Frankreich vorgestellt zu haben. Die proeuropäischen Franzosen lehnten nach seiner Einschätzung de Gaulle ebenso wie viele andere Europäer ab und wünschten sich eine echte Integration des Kontinents, um eine eigenständige Rolle im weltweiten Duell zwischen Washington und Moskau spielen zu können.⁷³ Wer den Supermächten nicht das Feld überlassen und selbstbewusst europäische Interessen vertreten wolle, müsse daher die politische Union Europas vorantreiben. In den folgenden Jahren hielten beide engen Kontakt.

Rifflet wurde von 1967 bis 1970 Kabinettschef des Kommissionspräsidenten Jean Rey. Nach einem Gespräch mit Rifflet während einer Reise des Bildungswerks nach Brüssel war Focke von seinen Ideen begeistert und wollte sofort eine Publikation in die Wege leiten. Seit dem Treffen habe sie „keine Ruhe“, begann sie ihren Brief an Rifflet: „Mich plagt seit über einem Jahr der Gedanke, dass in anderer Weise als bisher über die Europäischen Gemeinschaften hinausgedacht und ihre Aufgabe für eine neue Gesellschaft in Europa unter Einbeziehung der Ost-West-Problematik herausgestellt werden müsste.“⁷⁴ In der Folgezeit thematisierte Focke den erbetenen Beitrag Rifflets für die Schriftenreihe des Bildungswerks immer wieder. Der Akzent sollte auf langfristigen Aufgaben der Gemeinschaft liegen und „gesamteuropäische“ Entwicklungen in Ost und West einbeziehen.⁷⁵ Fockes Aufforderung, die „bisherigen ‚konventionellen Gleise‘ sprengen“ zu wollen,⁷⁶ verdeutlicht ihren Willen, die Einigungsbestrebun-

⁷³ Rifflet an Focke, 26.3.1966, in: HAEU, RR-061.

⁷⁴ Focke an Rifflet, 19.7.1968, in: HAEU, RR-018.

⁷⁵ Focke an Rifflet, 17.10.1968, in: HAEU, RR-018.

⁷⁶ Ebd.

gen Westeuropas nicht isoliert und nicht nur auf den EG-Rahmen beschränkt zu betrachten. Zudem berichtete sie Rifflet von einem anderen Buchprojekt, das „die verheerende europäische Zersplitterung in Technologie und Industriestruktur“ darstelle und eine europäische Antwort auf die amerikanische Herausforderung zu geben versuche.⁷⁷ Damit war ein anderes Schlagwort gefallen: die „amerikanische Herausforderung“. Darunter verstand der französische Publizist Jean-Jacques Servan-Schreiber nicht nur einen technologischen und organisatorischen Vorsprung der USA, sondern die Dominanz von US-Investitionen in Schlüsselbereichen Europas. Dagegen forderte er eine geschlossene europäische Antwort und damit eine vertiefte (wirtschaftliche) Integration.

Der Austausch mit Rifflet verdeutlicht, dass Focke in ihm eine Art Idealtypus des engagierten Europäers sah. Sie bezeichnete ihn als „Professeur-militant“, den Europa brauche, da er in Brüssel als Intellektueller konkret auf die Politik einwirken könne.⁷⁸ Auch sie war akademisch versiert, publizistisch tätig, in Europaverbänden verankert und wollte zunehmend in der großen Politik mitwirken. 1969 unternahm sie den nächsten Schritt: Sie kandidierte für den Bundestag.

Im Kanzleramt (1969–1972)

Wahlkampf 1969 und neues Amt

Der ihr zugeteilte Wahlkreis verhieß nichts Gutes. Der Bundestagswahlkreis Köln II war überwiegend bürgerlich geprägt und seit 1949 fest in der Hand der CDU. Focke half sich jedoch selbst. Sie hatte sich intensiv mit modernen Wahlkampfmethoden befasst. Sie ging zu den Menschen,

⁷⁷ Focke an Rifflet, 4.11.1968, in: HAEU, RR-018. Im selben Brief bezog sie sich direkt auf Jean-Jacques Servan-Schreiber, den Autor von *Die amerikanische Herausforderung*. Focke bat Rifflet, sich bei Rey zur dafür einzusetzen, ein Vorwort für das Buch Laytons zu verfassen. In einem Schreiben an Rey unterstützte Rifflet dies nachdrücklich, da Focke eine der besten politischen Denkerinnen und Denker der Europa-Union sei, sehr gute Schriften herausgebe und einen exzellenten Ruf genieße, vgl. Rifflet an Rey, 17.12.1968, in: HAEU, RR-018.

⁷⁸ Focke an Rifflet, 11.7.1968, in: HAEU, RR-018. Im Kreise der Europäischen Föderalisten war „militant“ keinesfalls ein negativ konnotiertes Attribut. Zu Rifflet vgl. grundlegend *Bertrand Vayssière, Européiste et eurocrate. La vie fédéraliste de Raymond Rifflet*, Toulouse 2018.

von Tür zu Tür. Zudem spielte ihr im Bundestagswahlkampf 1969 der allgemeine Trend in die Hände, da die SPD in ganz Nordrhein-Westfalen massiv Stimmen dazugewinnen konnte und vor allem bei den Frauen immer besser punktete.⁷⁹ *Der Spiegel* brachte im Wahlkampfesommer die Frage „Wie wählen die Frauen?“ auf die Titelseite. Die SPD stand weiterhin vor einem Problem: 3,6 Millionen mehr Frauen als Männer waren wahlberechtigt und die Bundesbürgerinnen stimmten überproportional für die Unionsparteien. In einem Leitartikel des *Spiegels* kam auch Focke zu Wort. Sie äußerte ihren Unmut darüber, dass die Parteien (die SPD eingeschlossen) kandidierende Frauen nicht genügend unterstützten und ihnen oft wenig aussichtsreiche Wahlkreise anboten.⁸⁰ Am 28. September errang die SPD und mit ihr auch Focke einen großen Erfolg. Focke, die einen fulminanten Wahlkampf geführt hatte, konnte ihren Stimmenanteil von 39,2 Prozent auf 50,9 Prozent verbessern und damit den CDU-Kandidaten überflügeln.⁸¹ Dennoch war sie überrascht, als der noch amtierende Justizminister und designierte Chef des Bundeskanzleramts, Horst Ehmke, anrief. Das Gespräch skizzierte Focke später ausführlich:

„Er [Ehmke, Anm. d. Verf.] eröffnete mir, im Auftrag von Willy Brandt, ich sollte im Kanzleramt Parlamentarischer Staatssekretär werden, ob ich das bitte mache. Darauf schluckte ich zweimal trocken und fragte: ‚Und was soll ich denn da machen, Horst?‘ – ‚Ach, hat er gesagt, ‚Du hast ja durch den tolen Wahlkampf bewiesen, wie gut Du öffentlich ankommst, und Du siehst gut aus. Du sollst repräsentieren.‘ Darauf lachte ich laut und sagte: ‚Horst, so nicht! Entweder krieg’ ich da ne’ handfeste Aufgabe, oder ich mach’ das nicht. Darauf hat er mich entgeistert gefragt: ‚Ja, was willst Du denn da machen?‘ Und da musste ich wirklich aus dem Stegreif reagieren und sagte: ‚Ich will die Europapolitik der Bundesregierung aus dem

⁷⁹ Peter Haungs, Wahlkampf und Wählerverhalten 1969, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1, 1970, H. 1, S. 90–106, hier S. 99, Anm. 28.

⁸⁰ „Unterm Joch“, in: *Der Spiegel* v. 31.8.1969.

⁸¹ *Union in Deutschland*, 39/69 v. 2.10.1969, S. 4.

Kanzleramt heraus gestalten und koordinieren.’ Er war völlig verblüfft. Reagierte dann seinerseits aber sehr schnell und sagte: ‚Ja, warum eigentlich nicht? Der Egon (Bahr), den wir auch vorhaben, wird ja ganz stark Ostpolitik machen, das würde sich sehr gut ergänzen. Du nach Westen.’“⁸²

Brandt stimmte der telefonischen Absprache zu. In einem Brief an Max Kohnstamm, Jean Monnets engsten Mitarbeiter, schrieb Focke am 27. Oktober:

„Als wir uns das letzte Mal in Düsseldorf sahen,⁸³ ahnten Sie und ich beide, was auf mich zukommt. Aber da wir beide sehr diskrete Menschen sind, haben wir kein Wort darüber verloren. Nun bin ich also Parlamentarischer Staatssekretär und soll mich dabei besonders der Europapolitik annehmen. Sie werden sich denken können, dass ich mich über diese ebenso schwierige wie reizvolle Aufgabe sehr freue.“⁸⁴

Neben Fockes Wahlerfolg und ihrem Geschlecht sprach ein weiterer Faktor für sie. Wilfried Loth hat argumentiert, dass die Europa-Union in der Diskussion um die Ausrichtung der Europapolitik in den späten 1960er-Jahren eine so bedeutende Rolle gespielt hatte, dass Brandt eine Vertreterin ins Kanzleramt berief.⁸⁵ Die Debatte über die *Wege nach Gesamteuropa* hatte in der Tat die geistige Anschlussfähigkeit Fockes und eines Teils der Europa-Union an die Grundsätze der Neuen Ostpolitik gezeigt. Sie konnte das europapolitische Profil schärfen, um angesichts der Euphorie für die Neue Ostpolitik die „Westpolitik“ nicht verkümmern zu lassen, sondern auch in diesem Bereich neue Initiativen anzustoßen. Klaus

⁸² Interview Focke, 16.9.1998, S. 7, in: HAEU, INT643.

⁸³ Kohnstamm war am 16. Oktober in Düsseldorf. Vgl. Reis Duitsland, 15.10.1969, in: HAEU, MK-48.

⁸⁴ Focke an Kohnstamm, 27.10.1969, in: AdsD, 1/KFAA000101.

⁸⁵ Loth, Institut, 2019, S. 25. Zur Bedeutung der Europa-Union zu diesem Zeitpunkt vgl. Conze, Europa, 2005; Wilfried Loth, Das Europa der Verbände. Die Europa-Union im europäischen Integrationsprozess (1949–1969), in: Mittag/Wessels (Hrsg.), Der kölsche Europäer, 2005, S. 217–236.

Harpprecht, der 1973 als Redenschreiber und Berater Brandts ins Kanzleramt kam, schrieb, Focke habe „das Interesse am europäischen Fortschritt gegen den Glanz der Ostpolitik, der jedes andere Sujet überstrahlte, mit ihrem leisen, doch entschiedenen Stil wach[gehalten]“.⁸⁶ Zudem besaß sie keine eigene Hausmacht und war damit machtpolitisch vollständig von Brandt abhängig. Wie fügte sie sich in die Männerriege im Palais Schaumburg ein?

Einen einfachen, von Geschlechterdünkel freien Stand scheint sie nicht gehabt zu haben. Im Kanzleramt soll eine „Macho-Riege“ gesessen haben, was auch die teils sexistisch-gönnerhaft anmutenden Charakterisierungen in Erinnerungen einiger Beteiligten verdeutlichen, in denen Focke etwa als „Schatz“ (Bahr)⁸⁷ oder „die Perle des Kanzleramtsteams“ (Ehmke) bezeichnet wurde.⁸⁸ Brandts Erklärung in der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der Ernennung Fockes klang teils rechtfertigend und um Zustimmung bittend.⁸⁹ Politikerinnen wurden immer noch verspottet und als nervös oder gefühlsbetont dargestellt. Im 6. Deutschen Bundestag (1969–1972) gab es nur 34 Mandatsträgerinnen, was 6,6 Prozent der Abgeordneten entsprach. Focke wurde als eine von nur sechs Frauen in den 1970 herausgegebenen Band *Die 100 von Bonn* aufgenommen, der bekannte Personen des Politikbetriebs porträtierte.⁹⁰ Focke war innerhalb der SPD nie eine Wortführerin für Frauenpolitik, setzte sich aber auf ihre Art für diese Belange ein. So war sie etwa in vielen internationalen Austauschformaten für Frauen aktiv.⁹¹ Sie schrieb ihrer Parteigenossin Käthe Strobel anerkennend, sie sei für sie stets ein Vorbild gewesen, da sie „den

⁸⁶ Klaus Harpprecht, *Die Gräfin. Marion Dönhoff. Eine Biographie*, Reinbek 2008, S. 513.

⁸⁷ Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 275.

⁸⁸ Ehmke, *Mittendrin*, 1994, S. 129.

⁸⁹ Vor der Fraktion erklärte er: „Die Ernennung von Katharina Focke dürfe man nicht im Zusammenhang mit den Wissenschafts- und Bildungspositionen sehen. Diese Fragen seien sicherlich auch im Bundeskanzleramt zu behandeln. Katharina Focke sei zwar erstmals im Bundestag, aber aus dem Landtag. Sie habe sehr starke Europa-Beziehungen außerhalb der eigentlichen Regierungsarbeit.“ Fraktionssitzung (2. Sitzung), SPD, 21.10.1969, in: Editionsprogramm Fraktionen im Deutschen Bundestag, SPD, 6. Wahlperiode, online. URL: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1969-10-21-t1815_EP.xml?perpage=10&facet-party=SPD&start=1&language=de&sort=pub-date&facet-period=06&order=asc [5.12.2025].

⁹⁰ Torsten Körner, *In der Männer-Republik. Wie Frauen die Politik eroberten*, Köln 2021, S. 32.

⁹¹ Vgl. AdsD, 1/KFAA000044.

Emanzipationsgedanken nicht im egozentrischen Sinne überzogen, sondern als Mittel verstanden [habe], den Frauen zu ihrer Selbstverwirklichung in der Gemeinschaft – mit Rechten und Pflichten gegenüber ihr – zu verhelfen“.⁹² Eine Frau in führender Position war zu dieser Zeit auch international unüblich. Ihr Auftreten an der Seite Brandts löste im Ausland oft Erstaunen aus.⁹³ Focke selbst war sich ihrer Sonderrolle schnell bewusst. Sie war auf den Gipfeltreffen „immer die einzige Frau“, wie sie später beschrieb. Dies habe ihr jedoch „sehr geholfen, denn es fiel einfach sehr auf“ und sie sei teils „umschwärmt worden“.⁹⁴ Wie ging sie ihr neues Amt an?

Die „verdeckte Europaministerin“

Focke wurde mit 47 Jahren Parlamentarische Staatssekretärin (PStS) im Bundeskanzleramt. Zu ihrem Portfolio gehörte nicht nur die Europapolitik. Sie erhielt mehrere Aufgaben und war damit auch für das Verhältnis zwischen Bund und Ländern sowie für Bildung und Wissenschaft zuständig.⁹⁵ Ebenso vertrat sie den Kanzler in der SPD-Bundestagsfraktion und sollte den Kontakt dorthin pflegen. Karsten Brenner wurde unter anderem ihr persönlicher Referent, da er vorher in der Fraktion gearbeitet hatte.⁹⁶ Ihre Aufgabenfelder waren sehr unterschiedlich: So übernahm sie etwa den Aufbau der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.⁹⁷ Über Kohnstamm gelangten Vorschläge zu ihr, die sie stets wohlwollend prüfte, etwa bezüglich der Errichtung eines supranationalen Forschungsinstituts.⁹⁸

⁹² Focke an Strobel, 19.7.1972, in: AdsD, 1/KFAA000046.

⁹³ Kay Müller/Franz Walter, Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette der deutschen Kanzlerdemokratie von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2004, S. 90; Interview Focke, 16.9.1998, S. 15 f., in: HAEU, INT643.

⁹⁴ Interview Focke, 16.9.1998, S. 15, in: HAEU, INT643.

⁹⁵ Julia Hefty, Die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund. Eine Entwicklungsgeschichte seit 1967, Düsseldorf 2005, S. 92.

⁹⁶ Zusätzlich erhielt sie eine Sekretärin mit Fraktionserfahrung. Horst Ehmke hatte dies Focke geraten, um die Beziehungen zur Fraktion besser gestalten zu können, vgl. Gespräch mit Karsten Brenner, 28.10.2025.

⁹⁷ Focke, Freundschaft, 1999, S. 205 f.

⁹⁸ Kohnstamm an Ehmke, 27.1.1970, in: AdsD, 1/KFAA000101.

Ihr neues Amt war, wie sie später sagte, das „Schönste, mit Abstand“, das sie je hatte.⁹⁹ Ihr Büro im ersten Stock des Palais Schaumburg war vermutlich derselbe Raum, in dem ihr Vater die Interviews mit Konrad Adenauer bearbeitet hatte – eine zufällige Fügung, die für sie hohe emotionale Bedeutung besaß.¹⁰⁰ Fockes neue Position musste erst noch geschaffen werden. Offiziell sollte sie vor allem den Chef des Kanzleramts in europapolitischen Belangen unterstützen. De facto arbeitete sie jedoch direkt dem Bundeskanzler zu – in Abstimmung mit Kanzleramtschef Ehmke.¹⁰¹ Hinter vorgehaltener Hand wurde sie die „verdeckte Europaministerin“ genannt.¹⁰² Brandt hatte schon in seiner Regierungserklärung auf die notwendige Reform und Modernisierung des Kanzleramts und der Bundesministerien hingewiesen – die Europapolitik stellte keine Ausnahme dar. Das Bundeskanzleramt wurde umfassend neugeordnet.¹⁰³ Die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatssekretärinnen der neuen Bundesregierung stieg von sieben auf 15.¹⁰⁴ Focke durfte den Sitzungen des Bundeskabinetts an einem Nebentisch beiwohnen. „Europäische Gemeinschaft und internationale Organisationen“ wurde jedoch erst ab 1973 ein ständiger Tagesordnungspunkt in den Sitzungen des Bundeskabinetts.¹⁰⁵

Die deutsche Europapolitik wurde traditionell im Auswärtigen Amt und im Bundeswirtschaftsministerium gestaltet, die in ständiger Konkurrenz zueinanderstanden. Seit Februar 1963 wurde die Europapolitik im Staatssekretärsausschuss für Europafragen (E-StS-Ausschuss) koordiniert.¹⁰⁶ Hier berieten mit wechselndem Vorsitz die (beamteten) Staatssekretäre

⁹⁹ Focke, Meisterwerk, 2006, S. 56.

¹⁰⁰ Vgl. Gespräch mit Karsten Brenner, 28.10.2025.

¹⁰¹ Thomas Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999, Wiesbaden 2004, S. 182, Anm. 53.

¹⁰² Ebd., S. 179, Anm. 52.

¹⁰³ Ebd., S. 178 ff. Vgl. auch Hartmut Brauswetter, Kanzlerprinzip, Ressortprinzip und Kabinettsprinzip in der ersten Regierung Brandt 1969–1972, Bonn 1976.

¹⁰⁴ Vgl. Hefty, Staatssekretäre, 2005, S. 154.

¹⁰⁵ Vermerk betr. ständige Tagesordnungspunkte für Kabinettsitzungen, 12.12.1972, in: BArch, B 136/7956.

¹⁰⁶ Vgl. ausführlich Carine Germond/Henning Türk, Der Staatssekretärsausschuss für Europafragen und die Gestaltung der deutschen Europapolitik 1963–1969, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 2004, H. 1, S. 56–81.

des Auswärtigen Amts, des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesfinanzministeriums, des Bundeslandwirtschaftsministeriums sowie ein Vertreter des Bundeskanzleramts. Andere Ressorts wurden nur hinzugezogen, wenn dies notwendig war. Die Koordinierung der Europapolitik galt jedoch als verbesserungswürdig.

Brandt wollte den Einfluss des Bundeskanzleramts auf die Europapolitik stärken. Die Außenpolitik wurde zu Beginn der sozial-liberalen Koalition ohnehin stark dort gestaltet, da viele enge Mitarbeiter des ehemaligen Außenministers mit ihm ins Palais Schaumburg wechselten und Walter Scheel sich zunächst nicht in sein neues Amt hineinfand. Focke sollte als Parlamentarische Staatssekretärin die Koordinierung der Europapolitik gewährleisten und so weit wie möglich die Zügel in die Hand nehmen.¹⁰⁷ Bei den Reformgedanken wurde explizit auf eine Studie von Gerda Zellentini verwiesen.¹⁰⁸ Die Einsetzung eines Kabinettsausschusses für Europafragen oder eines Staatsministers für Europafragen fand zunächst keine Zustimmung, stattdessen sollte der E-StS-Ausschuss gestärkt und „außenpolitische Fragen im Sinne einer Gesamt-Europapolitik“ sollten einbezogen werden.¹⁰⁹ Der Ausschuss erhielt einen neuen Zuschnitt und den offiziellen Titel „Staatssekretärsausschuss für die Europäische Gemeinschaft“. Der Vorsitz wechselte nur noch zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium. Ein „Kabinettsausschuss für die europäische Politik“ sollte gegründet werden, damit „Verbindungen zwischen Westeuropa und Osteuropa in einem inneren Zusammenhang miteinander verfolgt werden“ – ohne die Kompetenzen des Staatssekretärsausschusses zu beschneiden.¹¹⁰ Der Kabinettsausschuss blieb umstritten und konnte erst 1973 seine Arbeit aufnehmen. Auf einer niedrigeren Ebene erfolgte eine weitere Maßnahme: In jedem Ressort wurde ein „Europabeauftragter“ berufen, der oder die im jeweiligen Haus als Koordinator

¹⁰⁷ Vgl. den Verlauf in: BArch, B 136/30657.

¹⁰⁸ Schmitz-Wenzel (I/3, BK), Betr.: Koordinierung der europäischen Politik, 21.1.1970, S. 1, in: BArch, B 136/30657.

¹⁰⁹ Brenner, Besprechungen zur Verbesserung der Koordinierung der europäischen Politik, 12.2.1970, in: BArch, B 136/30657.

¹¹⁰ Focke an Brandt, 31.7.1970, in: BArch, B 136/30657; Vermerk über die Sitzung der Koordinierungsgruppe am 6. August, 11.8.1970, in: BArch, B 136/30657.

und Hauptansprechpartner für europapolitische Belange fungieren sollte.¹¹¹ Daraus entstand die Arbeitsgruppe der Europabeauftragten, die die Sitzungen des E-StS-Ausschusses und des Kabinettsausschusses vorbereiten und unterstützen sollte.

Als Vertreterin des Kanzlers konnte Focke im E-StS-Ausschuss daher keineswegs allein bestimmen. Sie war bestenfalls Erste unter Gleichen. Die europapolitischen Verhandlungen in Brüssel führten weiterhin das Auswärtige Amt oder die Fachministerien in den jeweiligen Räten. Damit wurde Fockes Rolle geschwächt. Viele Beamte folgten immer noch einem Ressortdenken und hielten wenig von den neuen Koordinierungsbestrebungen, wie auch in der Presse zu lesen war.¹¹² Zudem strebte das Auswärtige Amt nach dem ständigen Vorsitz im E-StS-Ausschuss.¹¹³ Wie wollte Focke ihren Koordinierungsanspruch umsetzen?

Im Kanzleramt wurde unmittelbar eine „Arbeitsgruppe Europa“ eingesetzt, die im Juli 1970 als „Koordinierungsgruppe Europa“ institutionalisiert wurde. Sie sollte ursprünglich die Leiter der Abteilungen für Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen (Abt. II), für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik (Abt. III) sowie für Wissenschafts- und Bildungspolitik umfassen. Letztlich wurden jedoch die Leiter oder Mitarbeiter der Gruppen II/1, III/1, IV/1 und V/1 entsandt – also diejenigen einer Ebene darunter.¹¹⁴ Die Koordinierungsgruppe traf sich wöchentlich. Hier wurden Ideen der Europakoordinatoren weiterentwickelt, die Focke an Brandt herantrug.¹¹⁵ Den Vorsitz in der Koordinierungsgruppe hatte Per Fischer, der Europabeauftragte im Kanzleramt und engster Mitarbeiter Fockes.¹¹⁶

¹¹¹ Brenner, Besprechungen zur Verbesserung der Koordinierung der europäischen Politik, 12.2.1970, in: BArch, B 136/30657; Fischer an Focke, 21.5.1970, in: BArch, B 136/30657.

¹¹² „Jeder für sich“, in: *General-Anzeiger* v. 10./11.1.1970.

¹¹³ Thiele/Fischer, Aufzeichnung, 26.1.1973, in: BArch, B 136/7929.

¹¹⁴ Schmitz-Wenzel (I/3, BK), Betr.: Koordinierung der europäischen Politik, 21.1.1970, S. 3 f., in: BArch, B 136/30657; Ehmke, Hausanordnung 25/70, 28.7.1970, in: BArch, B 136/30657. Zu den einzelnen Gruppen vgl. Knoll, Bundeskanzleramt, 2004, S. 180 ff.

¹¹⁵ Focke an Brandt, 17.7.1970, in: BArch, B 136/30657.

¹¹⁶ Fischer kannte vorher bereits Zellentin sehr gut, vgl. Interview mit Beate Kohler, 29.11.2022. Fockes persönlicher Referent, Karsten Brenner, hatte zuvor mit Karl Mommer zusammengearbeitet. Vgl. Interview Focke, 16.9.1998, S. 17, in: HAEU, INT643.

Fischer war zunächst Leiter des Referats „Europäische Einigung, bilaterale Beziehungen zu Westeuropa und Nordamerika“ und wurde später Leiter der Gruppe II/1, da sein Vorgänger Carl-Werner Sanne zum Abteilungsleiter II aufstieg. Eine weitere wichtige Persönlichkeit im Kanzleramt war Ulrich Weinstock (Leiter der Gruppe IV/1). Er hatte für Walter Hallstein und Wilhelm Haferkamp in Brüssel gearbeitet, war von 1969 bis 1973 zuständig für Fragen der europäischen Wirtschaftsintegration und wechselte anschließend in das Generalsekretariat des Rates.¹¹⁷ Weinstock und Fischer waren überzeugte Europäer. Beide waren publizistisch und wissenschaftlich aktiv.¹¹⁸ Klaus Harpprecht schrieb, dass Focke Fischer als „ihren Partner im Amt empfunden“ habe. Sanne, ein enger Vertrauter Bahrs, sei hingegen „deutsch-national“ gewesen, und Bahr sei nach den Worten Brandts „für Europa farbenblind“.¹¹⁹ Bahr zog in der Tat eine Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationalstaaten, also einen inter-gouvernementalen Ansatz, einer weitergehenden Vertiefung der EG vor.¹²⁰ Brandt verfolgte hingegen schon lange supranationale Ideen.¹²¹ Zudem schien ihm für das Gelingen der Neuen Ostpolitik eine feste Verankerung im Westen eine Grundvoraussetzung, damit die Bundesrepublik nicht zu einem „Wanderer zwischen zwei Welten“ würde.¹²² Die Umstrukturierung im Kanzleramt sollte in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundespresseamts „als Beweis für die Verankerung der Ostpolitik in der Westpolitik und des von der Bundesregierung gesehenen Zusammenhangs zwischen beiden dargestellt werden“, wie eine interne Aufzeichnung festhielt.¹²³

¹¹⁷ Ulrich Weinstock, Von der Sachlogik zum Pragmatismus. Erfahrungen als europäischer Beamter, in: *Integration* 10, 1987, H. 3, S. 121–127.

¹¹⁸ Vgl. z. B. ihre Beiträge in dem Sammelband: *Neun für Europa. Die EWG als Motor europäischer Integration*, Düsseldorf 1973, an dem auch Hermann Schmitz-Wenzel, Reinhard Strehlke und Rüdiger Thiele mitwirkten, die eng mit Fischer und Weinstock zusammenarbeiteten.

¹¹⁹ Klaus Harpprecht, *Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt*, Reinbek 2000, S. 236.

¹²⁰ Andreas Wilkens, *New Ostpolitik and European Integration. Concepts and Policies in the Brandt Era*, in: N. Piers Ludlow (Hrsg.), *European Integration and the Cold War. Ostpolitik-Westpolitik, 1965–1973*, London 2007, S. 67–80, hier S. 74.

¹²¹ Zu Brandts Europabild vgl. Andreas Wilkens (Hrsg.), *Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung*, Bonn 2010; Wilfried Loth, *Abschied vom Nationalstaat? Willy Brandt und die europäische Einigung*, in: Bernd Rother (Hrsg.), *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse*, Bonn 2011, S. 114–134; Claudia Hiepel, *Europakonzeptionen und Europapolitik*, in: Bernd Rother (Hrsg.), *Willy Brandts Außenpolitik*, Wiesbaden 2014, S. 21–91.

¹²² Wilkens, *New Ostpolitik*, 2007, S. 74.

¹²³ Vermerk über die Sitzung der Koordinierungsgruppe am 20. August, 24.8.1970, S. 2, in: BAArch, B 136/30657.

Focke und ihr Team fielen durch eine sehr informelle und teils unkonventionelle Arbeitsweise auf, die einer Denkfabrik ähnelte. So lud Focke beispielsweise verschiedene Ressorts zu einem „brain storming“ ein¹²⁴ und pflegte einen informellen Austausch mit den Mitgliedern der „Koordinierungsgruppe Europa“ im Kanzleramt.¹²⁵ Darin ähnelte sie Brandt, der die sozial-liberale Koalition mit vielen informellen Gesprächen führte.¹²⁶ Focke beließ es nicht bei reinen Diskussionen, sondern betrieb ein „systematisches follow-up“, wie sich ihr persönlicher Referent erinnert, der dies operativ umsetzte.¹²⁷ An Europa-Kompetenz oder föderalistischem Elan für eine „ever closer union“ mangelte es Focke, die auch die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zur Europapolitik verbessern wollte,¹²⁸ keineswegs. Konnte sie ihren guten Willen umsetzen?

Sie blieb „ein wenig im Schatten“ der anderen Berater.¹²⁹ Sie hatte keinen leichten Stand. „Dass Katharina Fockes Überzeugung von der Notwendigkeit Europas (West) mit meiner Überzeugung von der Notwendigkeit einer Öffnung nach Osten nicht in Widerspruch geraten musste oder sollte, war offensichtlich“, schrieb Bahr in seinen Erinnerungen.¹³⁰ Focke war die europapolitische Phalanx in der Equipe des Kanzlers, oder wie Brandt es auf den Punkt brachte: Sie sei die Person gewesen, die „uns alle immer wieder durch ihren unverwüstlichen Glauben an Europa beschämte“.¹³¹ Es brauchte tatsächlich „unverwüstlichen Glauben“, trotz des europäischen Aufbruchs, der sich auf dem Gipfel in Den Haag im Dezember 1969 abzeichnete.

¹²⁴ Brenner (PR/PSStS), Vermerk, 21.7.1972, in: BArch, B 136/7905. Vgl. auch Interview Focke, 16.9.1998, S. 17, in: HAEU, INT643.

¹²⁵ Fischer an Focke, 29.11.1971, in: BArch, B 136/6422.

¹²⁶ Knoll, Bundeskanzleramt, 2004, S. 176.

¹²⁷ Vgl. Gespräch mit Karsten Brenner, 28.10.2025.

¹²⁸ Fischer an Focke, 18.6.1970, in: BArch, B 136/6417.

¹²⁹ Claudia Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012, S. 50.

¹³⁰ Bahr, Zeit, 1996, S. 275 f.

¹³¹ Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 320.



Katharina Focke mit Egon Bahr, Willy Brandt und Horst Ehmke (v. l. n. r.) im Bundeskanzleramt, etwa 1970

(Bildrechte: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung; AdsD, 6/FJHD004504)

Den Haag, 1./2. Dezember 1969

Der innere Ausbau der EG stockte in fast allen Politikfeldern: bei Wettbewerb und Handel, im Energie- und Verkehrssektor, bei Steuern und Sozialgesetzgebung, in der Forschungs- und Regionalpolitik. Das wichtigste Thema war jedoch die Erweiterung, denn neben Großbritannien klopfen auch Irland, Dänemark und Norwegen an die Tür der Gemeinschaft. Ebenso bedeutend und ungeklärt war die Finanzierung der EG, was auch Fragen nach der Rolle und den Rechten des Europäischen Parlaments aufwarf. Als weiterer Punkt stand die wegweisende Entscheidung hinsichtlich einer Wirtschafts- und Währungsunion an. Wo gab es den Willen zu mehr Vertiefung? Welche Ideen schienen realistisch? Welche Schritte sollten oder konnten vor dem Beitritt weiterer Staaten umgesetzt werden? Darüber wurde im Vorfeld eifrig diskutiert.

Viele Aspekte hatte Brandt schon als Außenminister vorbereitet. Focke betonte retrospektiv jedoch, dass es bei der Wirtschafts- und Währungsunion und dem europäischen Reservefonds noch keinerlei Einigung gab, als die neue Mannschaft das Palais Schaumburg bezog, und man daher noch „sehr an dieser Geschichte arbeiten“ musste.¹³² Dabei zeigte sich Fo-

¹³² Interview Focke, 16.9.1998, S. 8, in: HAEU, INT643.

ckes Verankerung in informellen Zirkeln. Die Rolle Jean Monnets und die enge Verbindung zwischen Ost- und Westpolitik wurden ebenso schnell sichtbar wie die Funktion, die Focke darin zukam. Monnet war überzeugt, dass Brandt „seine Ostpolitik als Ergänzung und nicht als Ersatz für eine Europapolitik betrachtete. Der deutsche Kanzler schien zu versuchen, den Weg zu einer endgültigen Entspannung zwischen West- und Osteuropa zu ebnet – ein Ziel, für das sich Monnet ja selbst mit seinem Aktionskomitee und schon vorher immer wieder eingesetzt hatte.“¹³³ Brandt hatte schon als Regierender Bürgermeister in (West-)Berlin einen guten Draht zu dem französischen Europäer gefunden.¹³⁴ Auch als Kanzler blieb er Mitglied des 1955 gegründeten Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, dem von deutscher Seite zu diesem Zeitpunkt Herbert Wehner sowie die Christdemokraten Rainer Barzel, Kurt Birrenbach und Walter Hallstein angehörten. Die FDP war hingegen nicht vertreten.¹³⁵

Monnet versuchte umgehend, seinen Einfluss im Palais Schaumburg geltend zu machen. Am 7. November, nur wenige Tage nach Bildung der neuen Regierung, traf er in Bonn zu Gesprächen mit Brandt und Focke zusammen. Er ermutigte und drängte den Bundeskanzler geradezu, die Initiative zur Errichtung eines europäischen Reservefonds zu ergreifen, in den ein Teil der Währungsreserven eingebracht und dadurch die Gemeinschaft gegen etwaige Währungsturbulenzen abgesichert werden sollte.¹³⁶ Dies hätte zudem einen Schritt zu einer Währungsunion dargestellt.¹³⁷ Man müsse etwas in Bewegung setzen, so Monnet, die eigene Bevölkerung und die skeptischen Franzosen mitreißen. Kurz: Nach Monnets Einschätzung war deutsche „leadership“ gefragt.¹³⁸ Brandt zögerte. Wirtschaftsminister Karl Schiller und weite Teile der Ministerialbürokratie

¹³³ Klaus Schwabe, Jean Monnet. Frankreich, die Deutschen und die Einigung Europas, Baden-Baden 2016, S. 432.

¹³⁴ Ebd., S. 416.

¹³⁵ Fischer an Focke/Brandt, 18.2.1971, in: BAArch, B 136/6411. Mit Wehner blieb Monnet ebenfalls in engem Kontakt, da dieser ein entscheidendes Bindeglied zum Aktionskomitee war. Vgl. Focke an Monnet, 4.8.1970, in: AdSD, 1/KFAA000101.

¹³⁶ Vgl. Gérard Bossuat, Drei Wege nach dem Gipfel von Den Haag. Monnet, Brandt, Pompidou und das Europa der 70er Jahre, in: Andreas Wilkens (Hrsg.), Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 353–386, hier S. 360 f.

¹³⁷ Zu den Hintergründen vgl. Loth, Europas Einigung, 2020, S. 186 ff.

¹³⁸ Sanne, Vermerk Gespräch Brandt-Monnet am 7. November, 10.11.1969, in: BAArch, B 136/6410.

waren gegen die Idee, die deutschen Währungsreserven zu teilen, und standen einer engeren Wirtschafts- und Währungsunion prinzipiell zurückhaltend gegenüber.¹³⁹ Zudem wollte die deutsche Seite ein etwaiges Entgegenkommen in diesem Bereich an die zügige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien knüpfen – ein Punkt, bei dem Paris die Totalverweigerung aufgab, zunächst aber noch bremste.¹⁴⁰ Den Aufzeichnungen von Monnets engem Mitarbeiter Max Kohnstamm zufolge, der bei dem Gespräch zugegen war, unterstützte Focke die Forderungen. Auf dem Gipfel müssten wegweisende Entscheidungen auf der politischen Ebene getroffen werden. „F[ocke] thinks meeting very useful. Good that M[onnet] with his authority points out that political decision must be taken – then experts will implement.“¹⁴¹

Auf der Basis der Monnet-Vorschläge ließ der Kanzler von Bahr und Focke Pläne ausarbeiten und schrieb dem französischen Staatspräsidenten noch vor dem Gipfel, dass die Bundesrepublik bereit sei – den Vorschlägen Monnets folgend –, einen europäischen Reservefonds zu unterstützen.¹⁴² Focke erklärte Rifflet in einem Brief, dass „alles darauf ankommen wird, auf der Gipfelkonferenz [in Den Haag] zu einem Niveau durchzustößen, wo es nicht mehr nur um die Aushandlung nationaler Interessen geht“.¹⁴³ Es entwickelte sich ein enger Austausch zwischen Monnet und Focke. Wenn der Franzose den Kanzler sah, traf er sie in der Regel zu einem Vor- und Nachgespräch.¹⁴⁴ Focke schickte ihm eigene Ausarbeitungen zu¹⁴⁵ und wandte sich direkt an den Kanzler, damit dieser das Aktionskomitee durch seine Anwesenheit und den äußeren Rahmen aktiver

139 Vgl. Weinstock an Focke, 24.11.1969, in: BArch, B 136/6410.

140 Sanne, Vermerk Gespräch Brandt-Monnet am 7. November, 10.11.1969, in: BArch, B 136/6410; Loth, Europas Einigung, 2020, S. 165 f.

141 Voyage Bonn, 7.11.1969, in: HAEU, MK-48.

142 *Claudia Hiepel*, In Search of the Greatest Common Denominator. Germany and the Hague Summit Conference 1969, in: *Journal of European Integration History* 9, 2003, H. 2, S. 63–81, hier S. 75; Max Kohnstamm, Notiz, 28.11.1969, in: HAEU, MK-48; Loth, Europas Einigung, 2020, S. 167.

143 Focke an Rifflet, 10.11.1969, in: HAEU, RR-018.

144 *Katharina Focke*, Erinnerungen an Jean Monnet, in: *Wilkens* (Hrsg.), Jean Monnet, 1999, S. 23–30, hier S. 23.

145 Etwa das im Auswärtigen Amt angefertigte Protokoll zum Gipfel in Den Haag, vgl. Focke an Monnet, 16.2.1970, in: AdsD, 1/KFAA000101.

unterstützte.¹⁴⁶ Das Treffen mit Monnet in Bonn ebnete den Weg zu einem harmonischen Gipfel, der Aufbruchstimmung versprühte und von dem weitreichende Initiativen ausgingen.

Brandt und der neue französische Staatspräsident Georges Pompidou fanden langsam zusammen und überwandern die vorherige französische Blockadehaltung unter de Gaulle, obwohl weiterhin Fallstricke laueren.¹⁴⁷ Beide wollten die Ost-West-Entspannungspolitik unterstützen und die deutsche Frage, also auch die Neue Ostpolitik, in einen gesamteuropäischen Rahmen einbetten.¹⁴⁸ Auch hier blieben Details und das genaue Vorgehen teils umstritten, zumal Pompidou nie ausschloss, dass die Bundesrepublik möglicherweise doch einen Kuhhandel mit den Sowjets eingehen würde: Wiedervereinigung bei Zusage der Neutralität, so seine Sorge.¹⁴⁹ Die deutsche Herangehensweise an den Gipfel in Den Haag sollte etwaige Kritik an der Ostpolitik abfedern und weitere Beweglichkeit gegenüber dem Osten sichern. Eine Vorlage für Focke vom April 1970 hielt diesen Zusammenhang dezidiert fest:

„Die deutsche Haager Initiative hat eine neue Entwicklung der Gemeinschaft eingeleitet. Diese muss ihre Fortführung im Bereich des inneren Ausbaus erfahren. [...] Zunächst sind für eine solche ‚kühne‘ Initiative Überlegungen der allgemeinen Politik maßgebend. ‚Aktive Ostpolitik bedarf um so aktiverer Westpolitik‘ (Focke). Nur laue Aktivität im herkömmlichen Sinne reicht daher nicht aus oder aber die Bewegungsmöglichkeit der deutschen Ostpolitik wird infolge herabgesetzter Glaubwürdigkeit eingeengt.“¹⁵⁰

¹⁴⁶ Focke an Brandt, 21.11.1969, in: AdsD, 1/KFAA000100.

¹⁴⁷ Vgl. ausführlich *Hiepel*, Brandt und Pompidou, 2012.

¹⁴⁸ *Wilfried Loth*, *Détente and European integration in the policies of Willy Brandt and Georges Pompidou*, in: Ludlow (Hrsg.), *European Integration*, 2007, S. 53–66, hier S. 53.

¹⁴⁹ Ebd., S. 55.

¹⁵⁰ Weinstock (Gruppe IV/1, BK) an Focke, 14.4.1970, in: BArch, B 136/7929.

Zudem gelte es, trotz aller proeuropäischen Rhetorik, deutsche Interessen im Blick zu behalten, wie die Vorlage weiter festhielt, denn: „Melden wir nicht selbst unsere eigenen Interessen rechtzeitig klar und deutlich an, laufen wir Gefahr, dass unsere Vorstellungen unberücksichtigt bleiben.“¹⁵¹

In Den Haag herrschte gute Stimmung und viele richtungsweisende Vorhaben konnten auf den Weg gebracht werden. Die Erweiterungsverhandlungen sollten 1970 aufgenommen, die Institutionen gestärkt werden und die Agrarfinanzierung immer mehr durch Eigeneinnahmen der Gemeinschaft erfolgen (was zugleich die Haushaltsrechte des Europäischen Parlaments stärken würde). Außerdem sollte ein Stufenplan zur Etablierung einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgearbeitet und eine weitere Vertiefung, etwa in der Sozial- und Forschungspolitik, erreicht werden; in internationalen Fragen sollte die Gemeinschaft enger kooperieren.¹⁵² Brandt wurde zum „eigentlichen Vater des Erfolgs des Haager Gipfels“.¹⁵³ Horst Ehmke schrieb das Ergebnis zu großen Teilen Focke zu¹⁵⁴ und auch Monnets Zirkel sah sie als „central person“ zur Vorbereitung des Gipfels auf der deutschen Seite.¹⁵⁵ Focke selbst war sehr zufrieden. „Seit Den Haag geht es unserem Europa wirklich besser“, schrieb sie Monnet.¹⁵⁶ Nach dem Gipfel galt es jedoch, die vielen Punkte des Abschlusskommuniqués in aktive Politik umzumünzen.

1970: Der Kampf um die Verwirklichung der Haager Beschlüsse

Focke drängte auf eine schnelle Umsetzung der Initiativen.¹⁵⁷ Gemeinsam mit Monnet wurde eine Erklärung für die Sitzung des Aktionskomitees in Bonn vorbereitet, in die sie den Kanzler möglichst lange und intensiv ein-

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Vgl. auch den Bericht Fockes in *Institut für Zeitgeschichte* (Hrsg.), *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969*, München 2000,, Dok. 385.

¹⁵³ Loth, *Europas Einigung*, 2020, S. 167.

¹⁵⁴ Ehmke, Mittendrin, 1994, S. 129.

¹⁵⁵ Max Kohnstamm, Notiz, 14.11.1969, in: HAEU, MK-48. Zu ihrer wichtigen Mittlerrolle vgl. auch die Aufzeichnungen Monnets in AMM, 5/15/69.

¹⁵⁶ Focke an Kohnstamm, 16.2.1970, in: AdsD, 1/KFAA000101.

¹⁵⁷ Vgl. z. B. Sitzung E-StS-Ausschuss, 6.4.1970, S. 6, in: BArch, B 136/7929.

binden wollte.¹⁵⁸ Die ersten Entwürfe gingen Fischer nicht weit genug. Zur Wirtschafts- und Währungspolitik (vor allem des Reservefonds) sowie zur politischen Zusammenarbeit „sollte das Aktionskomitee konkretere Einzellösungen vorschlagen“.¹⁵⁹ Das Aktionskomitee müsse viel gezielter für die Operationalisierung und neue Ideen zur Umsetzung der Haager Beschlüsse eingesetzt werden. Anders formuliert: Über informelle Runden sollte formelle Politik angetrieben beziehungsweise gestaltet werden.

Genoss die westeuropäische Einigungspolitik in dieser Phase Priorität? Die Ostpolitik schien Zweifel an der europapolitischen Verve Bonns aufkommen zu lassen. Das Tempo war schwindelerregend: Ende Januar 1970 reiste Egon Bahr zu Verhandlungen nach Moskau, im Februar und März begannen die vier Siegermächte, über Berlin-Aspekte zu sprechen, im März fand das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen in Erfurt statt. Bundesaußenminister Walter Scheel schloss auf Grundlage des Bahr-Papiers die Verhandlungen in Moskau ab, und im August 1970 wurde der Vertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet – vier Monate später auch der mit der Volksrepublik Polen. In vielen westlichen Hauptstädten blickte man mit Vorbehalten auf die Neue Ostpolitik.¹⁶⁰ Opferte Bonn die europäische Einigung auf dem Altar der Entspannungspolitik mit dem Osten?

Bei einem Besuch in London im März 1970 sorgte Brandt für Aufsehen. Seine Aussage vor Journalisten, wonach einige Probleme der politischen Einigung Europas die Aufgabe zukünftiger Generationen seien, löste Besorgnis aus. Der Bundeskanzler „habe sich schon seit Monaten nicht mehr positiv zur europäischen Zusammenarbeit geäußert“, bemängelten niederländische Diplomaten zur gleichen Zeit, und der britische Europa-minister warnte vor dem sowjetischen Einfluss auf die deutsche Europapolitik, da Moskau die innerdeutsche Annäherung blockieren könnte.¹⁶¹

¹⁵⁸ Brenner, Vermerk für Herrn Dr. Schilling, 8.12.1969, in: AdsD, 1/KFAA000100.

¹⁵⁹ Fischer an Focke und Brandt, 12.12.1969, in: AdsD, 1/KFAA000100.

¹⁶⁰ *Gottfried Niedhart, Zustimmung und Irritationen. Die Westmächte und die deutsche Ostpolitik 1969/70*, in: *Ursula Lehmkuhl/Clemens A. Wurm/Hubert Zimmermann* (Hrsg.), *Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2003, S. 227–245.

¹⁶¹ Sanne (II/1, BK) an Focke, 24.3.1970, in: BArch, B 136/6417.

Diese kritischen Stimmen zur Neuen Ostpolitik seien „symptomatisch“, hielt Sanne, Leiter der Gruppe II/1 im Bundeskanzleramt, in einer Vorlage für Focke fest. „Es gibt bei allen unseren Verbündeten, auch wenn deren Regierungen offiziell ihr volles Vertrauen erklären, Gefühle des Unbehagens. Man kann sich nicht vorstellen, dass wir in der Ostpolitik zu Erfolgen kommen können, ohne dafür einen Preis zu entrichten, der irgendwie zu Lasten der westlichen Solidarität geht.“¹⁶²

Brandt wurde nicht müde, die Sorgen vor einer Ostfokussierung der deutschen Außenpolitik zu entkräften. Schon im April 1970 erklärte er vor dem norwegischen Parlament: Nur eine „erfolgreiche Westpolitik ermöglicht es erst, diese Ostpolitik zu führen; umgekehrt gehört zu einer erfolgreichen Ostpolitik eine beständige Weiterverfolgung der Westpolitik“.¹⁶³ Auf dem SPD-Bundesparteitag in Saarbrücken bekräftigte Brandt am 13. Mai 1970 seinen Willen zur europäischen Integration und erklärte, daraus solle eine „möglichst beispielhafte Ordnung [entstehen], die als Bauelement für eine ausgewogene gesamteuropäische Friedensordnung taugt“.¹⁶⁴ Monnet wurde erneut zu einem wichtigen Verbündeten. Er griff die Äußerungen Brandts auf und verteidigte die ostpolitische Ausrichtung der sozial-liberalen Koalition im französischen Fernsehen.¹⁶⁵ Der Kanzler dankte Monnet, dass er dies „in so klarer und unmissverständlicher Weise dargestellt und sich zum Wortführer unseres gemeinsamen Anliegens gemacht“ habe.¹⁶⁶

Die Bundesregierung versuchte daher, mit Initiativen im Verteidigungsbereich die Ängste vor einer Neutralisierung zu zerstreuen, aber die

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Ansprache von Willy Brandt im Storting über die erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, 24.4.1970, URL: https://www.cvce.eu/content/publication/2003/7/22/e56bc29b-9182-4e6f-9049-ef7d39e55c72/publishable_de.pdf [29.01.2026].

¹⁶⁴ Zitiert in *Sylvain Schirmann*, Willy Brandt und die Anfänge des „sozialen Europas“ (1969–1974), in: *Wilkins* (Hrsg.), Willy Brandt, 2010, S. 305–319, hier S. 311.

¹⁶⁵ Monnet und sein Aktionskomitee hatten bereits 1967 einen verstärkten wirtschaftlichen Austausch zwischen der Gemeinschaft und den osteuropäischen Staaten gefordert und bekräftigten dies nun erneut, vgl. Poensgen, Betr.: Anfrage des Bundeskanzleramtes vom 15. April, 21.5.1970, in: *BArch*, B 136/6411. Monnet stieß damit jedoch im Auswärtigen Amt auf Widerstand: Das sozialistische Lager habe hieran nie Interesse gezeigt, die Handelspolitik der Gemeinschaft sei noch zu zersplittert und daher der bilaterale Austausch mit diesen Ländern vorzuziehen, vgl. Fischer an Focke, 4.8.1970, in: *BArch*, B 136/6411.

¹⁶⁶ Brandt an Monnet, 30.9.1970, in: *AdSD*, 1/KFAA000101.

Pläne entwickelten keine Dynamik.¹⁶⁷ Auf dem Haager Gipfel war auch beschlossen worden, die Außenminister mit der Ausarbeitung von Plänen zur besseren politischen Koordinierung zu beauftragen. Die EG sollte international mit einer Stimme sprechen können. Pompidou sah eine gemeinsame Außenpolitik der EG jedoch eher als langfristiges Ziel.¹⁶⁸ Focke wollte hingegen das Tempo forcieren. Das Haager Communiqué vom 20. Juli 1970 hielt einen Konsultationsmechanismus in wichtigen außenpolitischen Fragen fest. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) war geboren.¹⁶⁹ Focke wollte mit den hochrangigen Treffen nicht bis zum Jahresbeginn 1971 warten, sondern noch im Herbst tagen. Sie betonte in einem Schreiben an Paul Frank, den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, ein weiterer Zeitverlust erscheine ihr „sowohl außen- wie auch innenpolitisch als auch im Hinblick auf die ohnehin durch den Umfang der Vorschläge nicht stark angesprochene öffentliche Meinung so bedauerlich“.¹⁷⁰ Dabei schien auch durch, dass sie sich zur EPZ weiterreichende Schritte gewünscht hätte. Immerhin nahm die abgestimmte Positionierung der Gemeinschaft zu großen außenpolitischen Fragen, etwa dem Ölpreisschock oder den Entwicklungen im Nahen Osten, an Fahrt auf.¹⁷¹

Focke warb für eine umfassende atlantische Partnerschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA, die weit über bilaterale Beziehungen der europäischen Staaten zu Washington hinausgehen sollte.¹⁷² Man sei wirtschaftlich aufeinander angewiesen, teile sicherheitspolitisch dieselben Interessen und müsse daher eine atlantische Ausrichtung und die europäische Einigung als kongruent ansehen. Darüber hinaus gelte es, eine gemeinsame Ostpolitik zu verfolgen.¹⁷³ Den europäisch-amerika-

¹⁶⁷ Loth, *Détente*, 2007, S. 60 ff.

¹⁶⁸ Loth, *Europas Einigung*, 2020, S. 168.

¹⁶⁹ Ebd., S. 195 f.

¹⁷⁰ Focke an Paul Frank (StS, AA), 7.8.1970, in: BArch, B 136/6418.

¹⁷¹ Vgl. grundlegend *Gabriele Clemens/Alexander Reinfeldt/Telse Rüter*, *Europäisierung von Außenpolitik? Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in den 1970er Jahren*, Baden-Baden 2019.

¹⁷² *Atlantische Partnerschaft – ein Modell von gestern?*, Rede-Entwurf Focke, Wiener Europa-Gespräche, Mai 1972, in: BArch, B 136/6425.

¹⁷³ Ebd., S. 23.

nischen Dialog sollte daher nach Fockes Einschätzung die EG führen und nicht jeder Mitgliedstaat für sich allein.¹⁷⁴

In dieser aufgeheizten Phase des Beginns der Neuen Ostpolitik übernahm die Bundesrepublik von Juli bis Dezember 1970 die Ratspräsidentschaft in der EG.

Die deutsche Ratspräsidentschaft

Auf Wunsch des Kanzlers regte Focke im Ausschuss der Staatssekretäre für Europafragen eine deutsche Europainitiative an, die schon zur Europa-debatte im Deutschen Bundestag am 17. Juni 1970 vorgestellt werden sollte. Einen ersten Entwurf zur künftigen Politik der EG bezeichnete Focke als zu handzahn. Er besitze „kein politisches Konzept“ und berücksichtige „den politischen Gesamtzusammenhang, insbesondere von West- und Ostpolitik nicht [...]. Die Vorlage müsse politischer, positiver, programmatischer sein und mehr Vorschläge für deutsche Initiativen enthalten“, etwa in der Sozialpolitik oder zum Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion.¹⁷⁵ Focke wollte die Bevölkerung enger in die Integrationsprojekte einbinden und Europa im Alltag spürbarer machen. Sie unterstützte unter anderem den Vorschlag der Europa-Union zur einfacheren Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit für Personen aus anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Sie ließ die Koordinierungsgruppe Europa Vorschläge ausarbeiten und diese an die Europa-Union, in der sie weiterhin Präsidiumsmitglied war, zurückspielen.¹⁷⁶ Als weiteres Beispiel nannte sie neben dem Sozialfonds „die Beseitigung der Grenzkontrollen als ein geeignetes Gebiet. Notfalls sollte Deutschland, ähnlich wie bei der Beseitigung des Visumzwangs, vorangehen und die Entwicklung damit auch bei den anderen Mitgliedstaaten in Gang bringen.“¹⁷⁷ Focke erhielt dafür Unterstützung durch das Bundeswirtschaftsministerium. Die Erleichterung des Personen-

¹⁷⁴ Sitzung E-StS-Ausschuss, 6.5.1970, S. 6, in: BArch, B 136/7929.

¹⁷⁵ Sitzung E-StS-Ausschuss, 15.4.1970, S. 1, in: BArch, B 136/7929.

¹⁷⁶ Vermerk über die Sitzung der Koordinierungsgruppe, 8.1.1971, in: BArch, B 136/6418.

¹⁷⁷ Niederschrift über die Sitzung der Staatssekretäre für Europafragen am 6. Mai 1970, 5.6.1970, S. 2 f., in: BArch, B 136/7929.

verkehrs war auch in der Ostpolitik eine Schlüsselforderung Bonns, was erneut den Zusammenhang zwischen Ost- und Europapolitik unterstreicht. Das Auswärtige Amt zeigte sich skeptisch, denn man habe bereits viel zu tun und weder Zeit noch Kraftreserven für weitere Initiativen. Das Finanzministerium gab steuerrechtliche Fragen zu bedenken und das Innenressort warnte vor einem Sicherheitsrisiko, aber letztlich beschloss der Staatssekretärsausschuss für Europafragen am 5. Mai 1971 eine deutsche Initiative zum Abbau der Grenzkontrollen.¹⁷⁸

Focke wollte auch das Haushaltsrecht des Europäischen Parlaments stärken und die Abgeordneten besser unterrichten.¹⁷⁹ Sie stieß damit auf den Widerstand mehrerer Ressorts, erlangte aber letztlich deren Zustimmung, eine Erweiterung der Haushaltsbefugnisse in Brüssel weiter zu diskutieren.¹⁸⁰ Brandt musste jedoch mit Widerständen aus Paris und anderen Hauptstädten in Fragen der Agrar- und Wirtschaftspolitik umgehen. Vor diesem Hintergrund waren ihm die Vertiefung und die Erweiterung der EG wichtiger, weshalb die Rechte des Parlaments zunächst nicht gestärkt werden konnten.¹⁸¹ Auch die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Norwegen, Dänemark und Irland konnten erst im Januar 1972 abgeschlossen werden, wonach die Bevölkerungen dieser Staaten in Referenden ihre Zustimmung erteilen mussten. Um den Fortschritt bei vielen Haager Initiativen musste daher intensiv gerungen werden.

Focke wiederholte ihre Forderungen wenig später im E-StS-Ausschuss.¹⁸² In einem Kabinettsbeschluss vom 7. Juli 1970 versprach Bundesaußenminister Scheel, bis September eine „Darstellung der dynamischen Rolle der Bundesrepublik“ in der EG vorzubereiten. Der Schwerpunkt deutscher Europapolitik müsse auf der Umsetzung der Gipfelbeschlüsse von Den Haag liegen, insbesondere betreffend „Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion, der Erweiterung der Gemeinschaften einschließlich der

¹⁷⁸ Trudewind, Vermerk, 1.4.1974, in: BArch, B 136/23723.

¹⁷⁹ Sitzung E-StS-Ausschuss, 6.4.1970, S. 6, in: BArch, B 136/7929.

¹⁸⁰ Sitzung E-StS-Ausschuss, 18.12.1969, S. 3, in: BArch, B 136/7929.

¹⁸¹ Loth, Europas Einigung, 2020, S. 171.

¹⁸² Sitzung E-StS-Ausschuss, 6.5.1970, S. 2, in: BArch, B 136/7929.

Assoziation und der Regelung der Beziehungen zu den USA sowie der Bemühungen um eine politische Zusammenarbeit“.¹⁸³ Dies seien allerdings komplexe Themenkomplexe, die keinesfalls während des eigenen Vorsitzes gelöst werden könnten. Zudem sei es während der eigenen Ratspräsidentschaft schwierig, deutsche Dossiers zu forcieren, da man sich in der Rolle des Vorsitzenden traditionell zurückhalte.¹⁸⁴

Im Vorfeld der folgenden Sitzung des E-StS-Ausschusses am 16. Juli betonte Fischer in einer Vorlage für Focke, dass zwar das Auswärtige Amt berichten werde, sie aber noch einmal auf den „politischen Hintergrund“ eingehen solle:

*„Ostpolitik hat in der Gesamttätigkeit der Bundesregierung ein unproportioniertes Übergewicht erhalten; tatsächlich liegt Leitbild der Bundesregierung in Ausgewogenheit zwischen West- und Ostpolitik, die damit gebotene Gleichgewichtigkeit zwischen den beiden Zweigen der Regierungstätigkeit muss wieder hergestellt werden; andernfalls vermindert sich Interesse für Europapolitik in deutscher Öffentlichkeit, wächst bei Partnern Befürchtung, Bundesregierung könne wegen Ostpolitik von westeuropäischem Integrationsziel abrücken, wird amerikanisches Kalkül, Europa könne sich als entlastender Faktor herausbilden, bedroht. Dazu genügen nicht Erklärungen, sondern es bedarf handgreiflicher Beweise für fortgesetzte Integrationsbereitschaft.“*¹⁸⁵

Fischer forderte umfassende Vorschläge für neue Initiativen in fast allen Politikbereichen der EG. Die integrationsfreundliche „Westpolitik“ sollte gestärkt werden, um die Fortsetzung der Neuen Ostpolitik zu ermöglichen. Aber die Umsetzung stockte. In einem Resümee des eigenen Rats-

¹⁸³ Auszug Kabinettsprotokoll, 7.10.1970, in: BArch, B 136/7929.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Fischer und Weinstock an Focke, 16.7.1970, S. 1, in: BArch, B 136/7929.

vorsitzes zeigte man sich realistisch. Der Beschluss zur Reform des Europäischen Sozialfonds sei ein wichtiger Erfolg, aber „in den beiden zentralen und weltweit beachteten Themen, dem Ausbau der Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion einerseits und der Erweiterung der Gemeinschaften andererseits, können wir dagegen zwar wichtige Ergebnisse, aber keine abschließenden Beschlüsse vorweisen“.¹⁸⁶ Focke zeigte sich jedoch optimistisch. Sie schrieb Monnet, im Jahr 1970 habe man „erhebliche Fortschritte für Europa“ erarbeitet.¹⁸⁷ Daran wollte sie anknüpfen, denn es herrschte in vielen Fragen Stillstand.

Stillstand oder Aufbruch? Das Jahr 1971

Die Erweiterung der Gemeinschaft führte zu intensiven Debatten, vor allem zwischen London und Paris, und zu schwierigen Referenden in Großbritannien, Dänemark und Norwegen.¹⁸⁸ Umso mehr wollte Focke Brandt dazu animieren, sich Zeit für Monnet und das Aktionskomitee zu nehmen.¹⁸⁹ Zwischen Paris und Bonn hing der Haussegen phasenweise schief. Es kamen immer wieder Bedenken wegen der Neuen Ostpolitik auf.

Um der Skepsis, vor allem in den USA, am westdeutschen Enthusiasmus für eine weitere europäische Einigungspolitik zu begegnen, wollte Monnet das Treffen des Aktionskomitees bewusst in Deutschland abhalten.¹⁹⁰ Brandt solle teilnehmen, um „zweifellos klarzustellen, dass die Bundesrepublik weiterhin an der europäischen Integration festhält“.¹⁹¹ Monnet stärkte Brandt schon im Vorfeld auch jenseits des Atlantiks den Rücken.¹⁹² Der Kanzler versuchte in seiner Rede auf der Tagung des Aktionskomitees, auf die Vorbehalte gegenüber seiner Ost- und Westpolitik einzuge-

¹⁸⁶ Sachs (StäV Brüssel), Betr.: Bericht über die fünfte deutsche Präsidentschaft, 4.2.1971, in: BAArch, B 136/7955.

¹⁸⁷ Focke an Monnet, 7.1.1971, in: AdsD, 1/KFAA000102.

¹⁸⁸ Loth, Europas Einigung, 2020, S. 175–186.

¹⁸⁹ Focke an Brandt, 19.2.1971, in: AdsD, 1/KFAA000102.

¹⁹⁰ Fischer an Focke und Brandt, 18.2.1971, in: BAArch, B 136/6411.

¹⁹¹ Telefonat Monnet mit Focke, 7.1.1971, S. 3, in: HAEU, AMM-005-016-138.

¹⁹² Monnet an Focke, 11.1.1971, in: AdsD, 1/KFAA000103.

hen.¹⁹³ Und doch blieben einige Sorgen bestehen. Focke sekundierte und bekräftigte, dass „die Grundlage unserer Ausgleichsbemühungen nach Osten die Integration der Bundesrepublik in den Westen ist und bleiben wird“.¹⁹⁴ Sie wandte sich wiederholt an Monnet und erklärte, die Bundesregierung müsse sich bemühen, alle Bedenken hinsichtlich der festen Verankerung der Bundesrepublik im Westen zu zerstreuen.¹⁹⁵ Eine Vorlage für Brandt zu einer Erklärung im SPD-Parteivorstand betonte diese Dualität:

„Parallelität der Behandlung unterstreicht sowohl Ausgewogenheit als auch Erfolg unserer außenpolitischen Anstrengungen in den beiden Dimensionen West-West und West-Ost. Inhalt beider Vertragswerke verdeutlicht zugleich substantiellen qualitativen Unterschied zwischen dem westeuropäischen Einigungswerk und den Bemühungen um einen modus vivendi mit dem Osten.“¹⁹⁶

Herrschte ein Gleichgewicht bei dieser Parallelität? Die Leiter der außen- und wirtschaftspolitischen Abteilung meinten Nein und forderten nach detaillierten Vorarbeiten im Sommer 1973 eine neue deutsche Europainitiative.¹⁹⁷ Dass diese Schreiben Focke zuzingen (obwohl sie mittlerweile nicht mehr im Kanzleramt war) und auch in ihrem Nachlass zu finden sind, belegt erneut ihre europapolitische Bedeutung in diesen Jahren. Dabei zeigte sich, dass zwischen 1970 und 1975 viele europapolitische und ost-westpolitische Initiativen parallel verliefen. Es waren Jahre der Denkschriften und Entwürfe. Focke schien als intellektuelle Vordenkerin der europäischen Einigung am richtigen Platz.

¹⁹³ Rede Brandt am 23.2.1971, abgedruckt in BArch, B 136/6411.

¹⁹⁴ Focke an Monnet, 18.1.1971, in: AdsD, 1/KFAA000103.

¹⁹⁵ Focke an Monnet, 24.9.1971, in: AdsD, 1/KFAA000103.

¹⁹⁶ Massion, Betr.: Westeuropäische Einigungspolitik, 18.2.1972, in: BArch, B 136/6425.

¹⁹⁷ Vgl. den Verlauf in BArch, B 136/6429, und BArch, B 136/6430; die entscheidenden Papiere von Per Fischer und dem Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, Manfred Lahnstein, finden sich auch im Nachlass Fockes. Vgl. Lahnstein/Fischer, Betr.: Verstärkung der Westpolitik, 17.7.1973, in: AdsD, 1/KFAA000194; Lahnstein/Fischer, Betr.: Verstärkung der Westpolitik, 16.8.1973, in: AdsD, 1/KFAA000194; sowie Fischer, Betr.: Aktionsprogramm für die europäische Einigung, 23.4.1974, in: AdsD, 1/KFAA000106.

Im Januar 1971 konkretisierte der französische Staatspräsident Pompidou seine bis dahin sehr vagen Ideen zur Schaffung einer europäischen Konföderation. Die EPZ sollte gebremst werden, die Mitgliedstaaten sollten weiter den Ton angeben und die wirtschaftliche Kooperation im Vordergrund stehen. Revolutionär war dies nicht und zog eher „eine klare Trennlinie zu allen föderalistisch supranationalen Konzepten von Europa“.¹⁹⁸ In Bonn war man wenig begeistert. Als Reaktion auf die französischen Ideen legte die Koordinierungsgruppe Europa am 17. Mai 1971 mehrere Vorschläge vor – darunter die Idee eines Europaministers beziehungsweise einer Europaministerin.¹⁹⁹ Focke unterstützte die Einrichtung direkter Europabeauftragter und verfolgte zustimmend die Entwicklungen in den fünf nordischen Ländern, die je ein Kabinettsmitglied zum „Zusammenarbeitsminister“ ernannten.²⁰⁰ Eine in der Koordinierungsgruppe abgestimmte Aufzeichnung legte die deutsche Haltung zu Pompidous Vorschlägen fest.²⁰¹ Man solle sich nicht auf eine Konföderation einlassen. Ebenso sollte man kein deutsches Gesamtkonzept vorlegen, da dies integrationsfreundlicher wäre als das französische, aber weniger weit gehen müsse als europapolitische Gedankenspiele der CDU-Opposition. Ein pragmatisches Vorgehen sei erforderlich.²⁰² Dies sah man in den Bereichen einer „europäischen Regierung“, der Stärkung des Parlaments, des Übergangs zur zweiten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion, der Haushaltskontrollrechte des Parlaments über die Einnahmen der EG, des Ausbaus der Befugnisse der Gemeinschaftsorgane und in den sogenannten neuen Politikfeldern (Technologie, Bildung, Umwelt). Focke unterstützte eine ständige Gipfelkonferenz, woraus später der Europäische Rat wurde, und freute sich, als der britische Premierminister Edward Heath dies vorschlug.²⁰³

198 Hiepel, Brandt und Pompidou, 2012, S. 181.

199 Theis (Ref. V/4-2-1) an AL V, 7.6.1971, in: BArch, B 136/6422. In Fockes Team wurde immer wieder bemängelt, dass starkes Ressortdenken und die Verfolgung einzelner Initiativen den Blick für das Ganze der deutschen Europapolitik vermissen ließen. Vgl. Fischer/Thiele, Vermerk, 8.3.1971, S. 6, in: BArch, B 136/7929.

200 Siehe den Kommentar Fockes auf: Ritzel (Oslo) an AA, 11.6.1971, in: BArch, B 136/6422.

201 Koordinierungsgruppe Europa, Aufzeichnung, Betr.: Institutionelle Ausgestaltung der Zusammenarbeit der Mitglieder der EG, 14.6.1971, in: BArch, B 136/6422.

202 Ebd., S. 1 f.

203 Harpprecht an Focke, 14.10.1973, in: AdSD, 1/KFAA000102.

Es zeigten sich aber auch Grenzen des deutschen Integrationswillens, wie eine interne Aufzeichnung festhielt. Im Zuge der Erweiterung gebe es in der EG das Bemühen um eine „wachsende Anwendung der qualifizierten Abstimmungen, um Blockierung der Entwicklung durch ein Übergreifen der Einstimmigkeitsregel auf zu viele Abstimmungen zu vermeiden (Pompidou: ‚Wichtige Beschlüsse nur in einmütiger Übereinstimmung‘; Heath: ‚Wenn vitale nationale Interessen auf dem Spiel stehen‘)“.²⁰⁴ Focke fügte in einer Marginalie hinzu: „auch für uns unverzichtbar (auf absehbare Zeit)“.²⁰⁵ Bei der Errichtung eines Generalsekretariats für die außenpolitische Zusammenarbeit wollte sie „prüfen, ob [es] sinnvoll und notwendig [sei]“.²⁰⁶ Der Ansiedlung von Europa-Ministerinnen beziehungsweise Europa-Ministern auf Ratsebene stimmte sie zu.²⁰⁷

Die Bundesregierung trat daher seit Jahresmitte 1971 für eine erneute Gipfelkonferenz zur Vertiefung der Gemeinschaft und zur Überwindung der währungspolitischen Schwierigkeiten ein.²⁰⁸ Zudem sollte die Funktionsfähigkeit der EG bei einem Beitritt neuer Staaten gesichert, weitere Assoziierungen und gute Beziehungen zu anderen Staaten vorangetrieben und die „Einheit der Mitgliedstaaten vor dem Beginn der Vorbereitungen zur KSZE“ hergestellt werden. Als Grundsatz wurde festgehalten: „nach innen und außen Verdeutlichung des Gewichts der deutschen Europapolitik im Gesamtzusammenhang der deutschen Politik vor der KSZE und vor Abschluss des Grundvertrages mit der DDR“.²⁰⁹ Erneut lassen sich die europapolitischen Initiativen nicht losgelöst von der Ostpolitik betrachten.

²⁰⁴ Koordinierungsgruppe Europa, Aufzeichnung, Betr.: Institutionelle Ausgestaltung der Zusammenarbeit der Mitglieder der EG, 14.6.1971, S. 3, in: BArch, B 136/6422.

²⁰⁵ Marginalie Fockes auf ebd.

²⁰⁶ Ebd.

²⁰⁷ Marginalie Fockes auf ebd., S. 4.

²⁰⁸ Übersichtsvermerk zum Stand der Vorbereitung für die Gipfelkonferenz, 28.8.1972, in: BArch, B 136/7906.

²⁰⁹ Ebd.



*Katharina Focke,
1972*

(Bildrechte: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung; AdsD, 6/FOTA133246)

Neuer Gipfel, neues Glück? Paris 1972

Die EG-Außenminister schlugen im Frühjahr 1972 drei große Themenblöcke für die Gipfelkonferenz vor: die Wirtschafts- und Währungsunion und die soziale Dimension, die Außenbeziehungen der EG und die institutionelle Vertiefung.²¹⁰ Zur Vorbereitung machte man sich in allen Hauptstädten intensiv Gedanken. In Bonn entstand ein ausführliches Dokument mit den Zielen für den Gipfel, das Focke mit zahlreichen Marginalien versah. Darin trat sie für konkrete, mehrheitsfähige Initiativen ein, die zugleich langfristig gedacht werden sollten.²¹¹ Dazu schrieb sie auch dem E-StS-Ausschuss und kam erneut ihrer Rolle als europapolitische Antreiberin nach.²¹² Auch das Aktionskomitee arbeitete neue Forderungen aus, die Monnet in enger Absprache mit Focke entworfen hatte.²¹³ Brandt forderte auf einer Klausur auf Schloss Gymnich, die neue Gipfelkonferenz müsse eine „Beschleunigung nach innen, Profilierung nach außen und Verbesserung der Aktionsmittel für beides“²¹⁴ erreichen. Priorität besaß die Wirtschafts- und Währungsunion, hier vor allem die Verwirklichung des Stufenplans, die gemeinsame Haltung in internationalen Währungsfragen, die Sozialpolitik, die Außenbeziehungen und eine institutionelle Stärkung (inklusive einer Aufwertung des EP).²¹⁵ Dabei zeichnete sich eine Initiative im sozialpolitischen Bereich rasch als deutsches Hauptanliegen ab.

Bereits auf dem Gipfel in Den Haag hatte Brandt neue Schritte in der Sozialpolitik gefordert. Auf dem SPD-Parteitag im Mai 1970 betonte er, man müsse neben der wirtschaftlichen Integration auch die soziale Situation

²¹⁰ Vgl. Loth, *Europas Einigung*, 2020, S. 175.

²¹¹ Vgl. die Anmerkungen Fockes auf: Weinstock, Betr.: Gipfelkonferenz, hier: Gründe und Möglichkeiten für deutsche Initiativen auf dem Gebiet des gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritts, 12.5.1972, in: BArch, B 136/7906.

²¹² Vgl. Focke an Vertreter in E-StS-Ausschuss, 2.8.1972, in: BArch, B 136/7905.

²¹³ Massion (II/1, BK), Betr.: Tagung des Komitees für die Vereinigten Staaten von Europa, 18.5.1972, in: BArch, B 136/6411.

²¹⁴ Zitiert in: Betr.: Zusammenkunft der Außenminister der Zehn am 19. Juli 1972 zur Vorbereitung der Europäischen Gipfelkonferenz, o. D., in: BArch, B 136/7906.

²¹⁵ Vgl. Schnellbrief, Weisung für Botschafter Sachs, 6.7.1972, in: BArch, B 136/7905.

der Menschen in der Gemeinschaft im Blick haben.²¹⁶ Daher müsse, wie der Kanzler mehrmals erläuterte, Sozialpolitik umfassend verstanden werden, also Bildungs- und Ausbildungsfragen abdecken sowie eine Regional-, Technologie-, Umwelt-, Verkehrs-, Städtebau-, Gesundheits- und Forschungspolitik einschließen.²¹⁷ Unterschiede innerhalb der Gemeinschaft sollten dadurch – gerade vor der Erweiterung – angeglichen und die Kohäsion sowie die Demokratisierung gestärkt werden.²¹⁸ Zugleich zielte Brandt damit auf eine Europäisierung des Godesberger Programms.²¹⁹

Am 16. März 1972 sprach Brandt mit Focke über den kommenden Gipfel. Er brachte sein „persönliches Interesse an einer deutschen sozial- und gesellschaftspolitischen Initiative auf der Gipfelkonferenz [...] zum Ausdruck“.²²⁰ Daraus wurde ein Prüfungsauftrag an Focke, dies mit den Ressorts abzusprechen. Das Themenfeld „soziale Komponente“ sollte mit einer umfassenden deutschen Initiative gewürdigt werden, also mit „eine[r] Sammlung aller sozial-politisch relevanten Faktoren in verschiedensten Bereichen (Steuerpolitik, Mitbestimmung, Umweltschutz, Regionalpolitik, Agrarpolitik)“.²²¹ Damit sollte eine „ökonomische Schlagseite“ der Gemeinschaft verhindert, der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in dem Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen berieten, in seinem Initiativrecht gestärkt, die Bevölkerung angesprochen und die Sozialpartner „näher an die Gemeinschaft herangeführt“ werden.²²² Die Gewerkschaften hatten nach Brandts Einschätzung im europäischen Einigungsprozess viel zu lange nur eine Nebenrolle gespielt.

Focke ließ etwaige Initiativen für ein deutsches Papier prüfen und blieb in der Koordination und Planung federführend. Erste Entwürfe waren ihr

²¹⁶ Schirmann, Brandt, 2010, S. 306 f.

²¹⁷ Ebd., S. 307 f.

²¹⁸ Ebd., S. 307.

²¹⁹ Ebd., S. 310.

²²⁰ Weinstock (Gruppe IV/1, BK), Betr.: Gründe und Möglichkeiten für eine sozialpolitische Initiative des Bundeskanzlers auf der Gipfelkonferenz, 12.4.1972, in: BArch, B 136/7905.

²²¹ Focke an Fischer, 16.3.1972, in: BArch, B 136/7905.

²²² Ebd.; Focke an Fischer, 18.5.1972, in: BArch, B 136/7905; Weinstock (IV/1, BK), Betr.: Gipfelkonferenz, hier: Aktivierung des Wirtschafts- und Sozialausschusses, 29.5.1972, in: BArch, B 136/7906.

zu handzahn. Sie wollte volksnahe Projekte, erweiterte die Ziele und fügte etwa Frauen als besonders zu beachtende Gruppe hinzu.²²³ Sie traf jedoch erneut auf Widerstand. Im Sommer wies sie die Ministerien explizit auf den Wunsch des Kanzlers bezüglich eines Memorandums zur Sozial- und Gesellschaftspolitik hin und bat um zügige Prüfung.²²⁴ Am 17. August 1972 legte sie Brandt einen ersten Entwurf vor, der zwar mit dem Arbeitsministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), aber nicht mit den anderen Ressorts abgestimmt war. Der Kanzler hatte dies bewusst so entschieden und zeigte sich mit dem Konzept einverstanden.²²⁵ Focke warb intensiv für das Memorandum. Sie bat ihre Kollegen in anderen Häusern, man möge „den politischen Charakter des Papiers respektieren und nicht zu sehr ins Fachliche verfallen“.²²⁶ Die Pläne einer gemeinschaftlichen Sozial- und Beschäftigungspolitik stießen bei den anderen Ressorts jedoch auf Widerstand. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen unter Leitung von Helmut Schmidt sorgte sich, daraus könnten finanzielle Forderungen anderer Mitgliedstaaten erwachsen, und wollte den Entwurf daher unverbindlicher verfassen oder gänzlich ändern, etwa die von Focke geplante Anhebung des deutschen Kindergelds auf französisches Niveau.²²⁷ In einer Vorlage für die Kabinettsitzung am 20. September 1972 fügte Focke handschriftlich hinzu: „Lage entschärft. H. Schmidt wird die Frage heute wohl kaum im Kabinett diskutieren wollen.“²²⁸ Weit gefehlt: Schmidt hielt sich nicht zurück und übte außerhalb der Tagesordnung Kritik. Brandt schrieb ihm daraufhin einen Brief, in dem er darlegte, dass Focke das Initiativpapier intensiv abgestimmt habe, er als Kanzler solche Aufträge erteilen dürfe und dies ohnehin schon auf dem Parteitag in Saarbrücken im Mai 1970 angekündigt

²²³ Focke an Brandt, 17.8.1972, Entwurf: Deutsche Initiative für erste Maßnahmen zur Verwirklichung einer europäischen Sozial- und Gesellschaftspolitik, in: BArch, B 136/7905.

²²⁴ Focke an Rutschke (StS BMI), 30.8.1972, in: BArch, B 106/39570.

²²⁵ Focke an Brandt, 17.8.1972, in: BArch, B 136/7905.

²²⁶ Vgl. Focke an Helmut Rohde (PStS, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung), 31.8.1972, in: BArch, B 136/7906; Focke an die StS von Braun, Rohwedder, Emde und Griesau, 30.8.1972, in: BArch, B 136/7906; Focke an Manger-Koenig, 30.8.1972, in: BArch, B 136/7906.

²²⁷ Thiele (Gruppe IV/1, BK) an Brandt, 19.9.1972, in: BArch, B 136/7905.

²²⁸ Siehe die Marginalie Fockes auf ebd.

habe.²²⁹ In einem klärenden Telefonat gab Schmidt nur widerstrebend nach.²³⁰ Focke wusste den Kanzler hinter sich. In Paris sollte der nächste Schritt in der Sozialpolitik und in anderen Feldern erfolgen.

Die sozialpolitische Initiative Brandts ist von der Forschung dennoch als „relativer Fehlschlag“ bezeichnet worden, da die „Ergebnisse hinter den Hoffnungen“ zurückblieben.²³¹ Immerhin konnte das Initiativrecht des Wirtschafts- und Sozialausschusses gestärkt werden: Er konnte nun eigenständig Stellungnahmen erarbeiten und den Gemeinschaftsorganen vorlegen.²³² Darüber hinaus sollten bis 1974 konkrete Maßnahmen angegangen werden. Mittelfristig zeigten sich bereits nach dem Ende der Amtszeit Brandts und dem Ausscheiden Fockes aus dem Kanzleramt einige Erfolge, etwa in der Gründung des Regionalfonds und des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung.²³³ 1973 wurde der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegründet, wodurch der soziale Dialog im Gemeinschaftsrahmen verbessert werden konnte.²³⁴ Fischer zeigte sich mit den Ergebnissen des Pariser Gipfels zufrieden, da das Aktionsprogramm zur Sozialpolitik bis Jahresbeginn 1974 verabschiedet werden sollte und sich auch Kompromisslösungen in den anderen Themenbereichen abzeichneten.²³⁵ Das Aktionsprogramm kam allerdings nur schleppend voran, da unter anderem aus Paris wenig Unterstützung kam.²³⁶

Der Gipfel in Paris war die letzte große europapolitische Weichenstellung, an der Focke in leitender Funktion beteiligt war, bevor sie Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit wurde.

²²⁹ Meik Woyke (Hrsg.), Willy Brandt – Helmut Schmidt. Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), Bonn 2015, S. 473.

²³⁰ Ebd., S. 474.

²³¹ Schirmann, Brandt, 2010, S. 305.

²³² Ebd., S. 316.

²³³ Ebd.

²³⁴ Ebd., S. 313.

²³⁵ Koordinierungsgruppe Europa, Vermerk über die Sitzung der Koordinierungsgruppe am 25.10., 30.10.1972, in: BArch, B 136/7905.

²³⁶ Schirmann, Brandt, 2010, S. 318.

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Nach der Bundestagswahl am 19. November 1972 stand Focke zunächst als strahlende Siegerin dar. Trotz mancher Presseberichte, wonach sie ihren Wahlkreis aufgrund der Aufgabenfülle im Kanzleramt vernachlässige und als „feinsinnig-kühler, protestantischer Aristokratentyp“ im Rheinland keinen einfachen Stand habe,²³⁷ verteidigte sie ihr Direktmandat und konnte bei den Erststimmen sogar zulegen (54,7 Prozent).²³⁸ Zu Recht sprach sie daher von einer „fabelhaften Wahlnacht“.²³⁹ Als sich in den folgenden Wochen das Personalkarussell zu drehen begann, war ihr Förderer und Fürsprecher allerdings mit einer Stimmbandentzündung außer Gefecht gesetzt. Da somit nicht Brandt die Koalitionsverhandlungen führte, sondern Wehner und Schmidt, wurde sie nicht berücksichtigt.²⁴⁰ Schmidt war im Hinblick auf den Zuschnitt des Finanz- beziehungsweise Wirtschaftsministeriums bereit gewesen, den Sozialdemokraten Hans Apel im Auswärtigen Amt als Parlamentarischen Staatssekretär zu installieren, die Rolle somit aus dem Kanzleramt wieder herauszulösen und dem FDP-geführten Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem (ebenfalls der FDP zugesprochenen) Wirtschaftsministerium weitgehend die europapolitische Zuständigkeit zu überlassen.²⁴¹ Die SPD gab den Forderungen ihres kleineren Koalitionspartners nach und die Koordinierungsaufgabe in der Europapolitik wurde aus dem Kanzleramt wieder ins Auswärtige Amt gelegt. Focke sperrte sich dagegen, Parlamentarische Staatssekretärin für Europafragen im Auswärtigen Amt oder Bundestagspräsidentin zu werden. Letzteres, so erklärte sie rückblickend, da sie sich für „parlamentarisch noch nicht erfahren genug“ hielt.²⁴² Diese Einschätzung schien Wehner zu teilen, der sie aufgrund ihrer seiner Ansicht nach zu geringen Parlamentserfahrung „verhindern“ wollte.²⁴³

²³⁷ Vgl. *Walter Henkels*, „Frau Focke gegen Prinz Karneval“, in: *FAZ* v. 16.11.1972.

²³⁸ 1976 holte sie ebenfalls das Direktmandat mit 47,7 Prozent der Stimmen.

²³⁹ Focke an Erwin Wickert, 4.12.1972, in: *AdsD*, 1/KFAA000046.

²⁴⁰ *Knoll*, Bundeskanzleramt, 2004, S. 175 f.

²⁴¹ *Woyke* (Hrsg.), *Partner und Rivalen*, 2015, S. 485.

²⁴² Interview Focke, 16.9.1998, S. 13, in: *HAEU*, INT643.

²⁴³ *Karsten Rudolph* (Hrsg.), *Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Band 5. Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992*, Bonn 2002, S. 513, Anm. 6. Wehner konnte seine Favoritin, Marie Schlei, auch nicht durchsetzen; stattdessen wurde Annemarie Renger von 1972 bis 1976 die erste Bundestagspräsidentin.

Da sich Focke im Vorfeld des Pariser Gipfels im Oktober 1972 viel mit europäischer Sozial- und Gesellschaftspolitik befasst hatte,²⁴⁴ war ihre Ernennung zur Ministerin für Familie, Jugend und Gesundheit nicht gänzlich abwegig. Allerdings war es nicht ihr Wunschposten. Obwohl nun neue Aufgaben auf sie warteten, blieb Focke für europäische Belange engagiert und eine wichtige Mittelsperson. Sie hielt engen Kontakt mit Monnet, besprach mit ihm drängende Fragen der amerikanisch-europäischen Beziehungen,²⁴⁵ setzte sich dafür ein, dass Brandt Monnet in Bonn empfing und arbeitete das „Gesamtprogramm“ des Besuchs aus.²⁴⁶ Sie reiste als Emissärin Brandts häufig nach Paris oder zum Wohnsitz Monnets.²⁴⁷ Brandt wollte ausdrücklich sie und nicht das Auswärtige Amt für die Vorbereitung der Sitzungen des Aktionskomitees.²⁴⁸ Sie war die einzige Frau in diesem Gremium (das nur noch bis zum 9. Mai 1975 bestand) und gehörte damit dem engen Kreis um Brandt, Wehner, Schmidt, Heath, Barzel, Birrenbach, Kiesinger und Leo Tindemans an.²⁴⁹ Wie außergewöhnlich ihre Mitgliedschaft dort war, zeigt sich am Beispiel eines anderen exklusiven Zirkels: Im „Steering Committee“ der Bilderberg-Konferenz konnte sie nicht die Nachfolge Helmut Schmidts antreten, da Frauen dort nicht zugelassen waren.²⁵⁰ Brandt band sie weiterhin in die aktive Politikgestaltung ein.

Vor dessen großer Rede vor der VN-Generalversammlung in New York am 26. September 1973 war ihr enger Mitarbeiter Per Fischer, der kurz danach deutscher Botschafter in Israel wurde, besorgt, dass Verweise „auf Europa und Bündnis“ gestrichen werden könnten.²⁵¹ Fischer wies

²⁴⁴ Vgl. die enge Abstimmung mit dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in: BArch, B 136/7906.

²⁴⁵ Focke, Vermerk, 1.6.1973, in: BArch, B 136/6411.

²⁴⁶ Schilling (PR, BK i.V.), Betr.: Treffen mit Jean Monnet, 5.9.1973, in: BArch, B 136/6411; Massion (Gruppe II/1, BK), Betr.: Besuch von Herrn Jean Monnet, 12.9.1973, in: BArch, B 136/6411.

²⁴⁷ Siehe den Verlauf in: ebd.

²⁴⁸ Kehm (PR/Minister) an Focke, 6.9.1973, in: AdSD, 1/KFAA000106.

²⁴⁹ Die Union wollte auch ihre teils neue erste Riege in den Kreis einführen, also Helmut Kohl, Karl Carstens und Franz Josef Strauß, vgl. Monnet Rundschreiben, 5.3.1974, in: AdSD, 1/KFAA000106.

²⁵⁰ *Woyke* (Hrsg.), *Partner und Rivalen*, 2015, S. 284, Anm. 3.

²⁵¹ *Harpprecht*, *Kanzleramt*, 2000, S. 144.

Harpprecht, selbst proeuropäisch und daher oft Gegenspieler Bahrs, immer wieder auf die Bedeutung der Europapolitik hin. Focke mischte sich ebenfalls ein, wie Harpprecht festhielt: „Durch die reizende Frau Focke, die blendend, fast schön in einem einfachen weißen Kleid wirkt, erfahre ich, dass Europa und Bündnispassage blieb. Sie lächelt etwas konspirativ: das wäre die einzige Frage, für die sie sich auch interessiert hätte.“²⁵² Brandt unterstrich am Hudson River die Einigungsbestrebungen des westlichen Teils des Kontinents und die deutsche Unterstützung dafür. Die Genese der Rede verdeutlicht abermals, wie umstritten die „Westpolitik“ war.²⁵³ Letztlich schien sich jedoch eine Kompromisslösung durchgesetzt zu haben, die eher eine proeuropäische Handschrift trug, also nicht die Bahrs.

Focke hielt engen Kontakt zu Harpprecht. Es schien ihr, wie jener festhielt, „recht zu sein, dass ich mich um ein paar Dinge kümmere, die ihr so sehr am Herzen liegen: Frankreich, Europa. Sie will bei der deutsch-französischen Konferenz beraten.“²⁵⁴ Die Bande zwischen Harpprecht und Focke wurden so eng, dass er sie als Kandidatin für die Villa Hamerschmidt ins Spiel brachte. Eine junge Frau als Bundespräsidentin wäre ein „starkes Symbol“ und würde „ganz gewiss auch neuen Anhang unter den Frauen gewinnen“, redete er Brandt in seinem Feriendomizil La Croix-Valmer im November 1973 ins Gewissen.²⁵⁵ Der Kanzler war jedoch skeptisch: „Frau Focke habe eine starke Abneigung gegen alle repräsentativen Aufgaben, darum habe sie schon das Bundestagspräsidium abgelehnt.“²⁵⁶ Sie würde sicher auch hier die schärfsten Einwände erheben.“²⁵⁷ Brandt hatte die Idee jedoch nicht rundheraus abgelehnt, sondern den Gedanken erst nach einigen Tagen „verworfen“.²⁵⁸

²⁵² Ebd., S. 147.

²⁵³ Ebd., S. 322 und S. 340.

²⁵⁴ Ebd., S. 236.

²⁵⁵ Ebd., S. 398.

²⁵⁶ Brandt hatte ihr diesen Posten 1972 angeboten, den sie jedoch ablehnte, vgl. Interview Focke, 16.9.1998, S. 13, in: HAEU, INT643.

²⁵⁷ Harpprecht, Kanzleramt, 2000, S. 398.

²⁵⁸ Zumal sich eine Kandidatur Scheels immer deutlicher abzeichnete, vgl. ebd., S. 408.

Wechsel zu Schmidt

Der Rücktritt Brandts im Mai 1974 schwächte Fockes Stellung weiter. Zu Schmidt fand sie nie einen guten Draht. Dem Journalisten Mainhardt Graf von Nayhauß zufolge hatten sich die beiden „nicht sonderlich gut verstanden“.²⁵⁹ *Der Spiegel* berichtete noch Jahre später, Schmidt sei im Umgang mit Genossinnen „nie zimperlich“ gewesen, und machte dies am Beispiel Focke fest.²⁶⁰ Zunächst blieb sie als einzige Frau im Kabinett des Hanseaten. Im Sommer 1975 gerieten beide wegen eines Gutachtens über „therapeutisches Reiten“ aneinander, das der Sparmeister aus Hamburg für teuren Schnickschnack hielt.²⁶¹

Im Dezember 1976 schied Focke aus der Bundesregierung aus, blieb aber Mitglied des Bundestags. Focke schrieb Schmidt unmittelbar nach der Bundestagswahl, dass sie dem Kabinett nicht mehr angehören wolle. Sie begründete dies damit, dass „an die Spitze eines Ressorts, das wie das ihrige seine Kompetenzen mit etlichen anderen Ressorts teilen müsse, jemand gehöre, der über eine eigene Hausmacht in der Partei oder in den Gewerkschaften verfüge“.²⁶² Auch ihr geringer Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung spreche nicht für sie, wie Focke sich selbstkritisch eingestand.²⁶³ Schmidt versuchte nicht, sie zu halten. Zudem hatte Focke im Frühjahr 1975 mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen und musste einen Kuraufenthalt einlegen.²⁶⁴ Nach sechs Jahren im Regierungszentrum machte sie sich über die großen Anstrengungen des Amtes Luft.²⁶⁵ Reisen wollte sie wieder unternehmen können, was „hauptsächlich“ ihren Entschluss, nicht mehr „Minister“ zu sein, beeinflusst habe, schrieb Focke engen Freunden und fügte hinzu: „Ich fange wieder an, ein Mensch zu werden, auch wenn es ja hier im Ministerium ja noch weitergeht bis

²⁵⁹ Mainhardt Graf von Nayhauß, Helmut Schmidt. Mensch und Macher, Bergisch Gladbach 1988, S. 140.

²⁶⁰ „Methode Mann“, in: *Der Spiegel* v. 25.4.1982.

²⁶¹ Focke an Schmidt, 3.7.1975, in: AdsD, 1/KFAA000049.

²⁶² Hartmut Soell, Schmidt. Macht und Verantwortung, München 2008, S. 1023 Anm. 54.

²⁶³ Focke an Strobel, 18.7.1973, in: AdsD, 1/KFAA000047.

²⁶⁴ Focke an Kurt A. Moosberg, 14.1.1975, in: AdsD, 1/KFAA000049.

²⁶⁵ Focke an Strobel, 21.7.1975, in: AdsD, 1/KFAA000049.

Mitte Dezember. Ich werde – so Herbert Wehner will – im Entwicklungshilfesausschuss sein und sonst eine Reihe von Dingen wieder tun, auf die ich lange habe verzichten müssen.“²⁶⁶ Wenngleich Schmidt sie keineswegs als Frau für höhere Aufgaben sah und wenig zu schätzen schien, ist eine gewisse Amtsmüdigkeit nicht von der Hand zu weisen.

Focke blieb im Bundestag und befasste sich vor allem mit Entwicklungspolitik. Bei den umstrittenen Plänen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit Erhard Eppler, seinen Etat kurz- und mittelfristig zu erhöhen, war das Bundeskabinett geschlossen gegen ihn. Nur bei der mittelfristigen Planung gab es eine Stimme für ihn, und Focke enthielt sich.²⁶⁷ Eppler trat daraufhin zurück. Fockes Positionierung kann kaum ihr Ansehen beim Kanzler gestärkt haben. Sie war weiterhin an den Vorbereitungen der deutsch-französischen Konsultationen beteiligt,²⁶⁸ wurde aber 1978 für eine andere Position nicht berücksichtigt. Schmidt und Genscher zogen ihr den ehemaligen CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel vor und ernannten ihn zum Koordinator für deutsch-französische Beziehungen. Barzel war nicht nur ein Politiker der Opposition; er hatte nach Ansicht vieler Beobachter bis dato keine besondere Affinität zu Frankreich gezeigt, sollte nun aber über den Élysée-Vertrag wachen. Allerdings sprach Barzel exzellent Französisch und hatte seit Jahren einen engen Draht nach Paris gehalten.²⁶⁹ Dennoch war die Entscheidung „außergewöhnlich und in der eigenen Partei nicht so leicht durchzusetzen gewesen“, da Focke für den Posten „gehandelt worden war“.²⁷⁰ Sie stand Ende der 1970er-Jahre daher vor einer Richtungsentscheidung – die letztlich keine war. Im Bundestag schien sie keine Zukunft zu haben, während sich in Europa spannendere Alternativen auftaten.

²⁶⁶ Focke an Wickert, 20.10.1976, in: AdsD, 1/KFAA000050.

²⁶⁷ Soell, *Schmidt*, 2008, S. 351 f.

²⁶⁸ *Harpprecht*, Kanzleramt, 2000, S. 219.

²⁶⁹ *Kai Wambach*, Rainer Barzel. Eine Biographie, Paderborn 2019, S. 768 f.

²⁷⁰ *Nayhauß*, *Schmidt*, 1988, S. 379 f.

In Straßburg (1979–1989)

Im Vorlauf zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979, bei der Willy Brandt als Spitzenkandidat antrat, wurde Focke eine unentbehrliche Expertin. Die Kölner SPD trug ihr eine Kandidatur an, doch sie zögerte.²⁷¹ Letztlich habe Monnet sie überzeugt, sich dieser Aufgabe zu stellen. Zu dessen 90. Geburtstag hatte Focke bereits versprochen, dass sie sich weiterhin für Europa einsetzen werde, gerade im Hinblick auf die bevorstehende Direktwahl.²⁷² Zudem half, dass Brandt nach Straßburg ging. Sie wollte die Chance nutzen, die sich durch den Zugewinn an Kompetenzen für das EP ergab, und die damit verbundene Möglichkeit, das europäische Integrationsprojekt weiter zu demokratisieren und den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen²⁷³ – ein Anliegen, das ihr immer am Herzen gelegen hatte.

Der Tapetenwechsel schien ihr zudem gutzutun, wie sie rückblickend erkennen ließ:

„Ich fand mich also im Sommer 1979 in einem auf reizvolle Weise multikulturellen Parlament wieder, in dem ich mich entschieden wohler fühlte als im grauen Bonner Einerlei: zwar sah es anfangs, auch in meiner sozialistischen Fraktion (Labour!), ziemlich chaotisch aus mit den politischen Vorstellungen, aber es herrschte doch über die Parteigrenzen hinweg eine große Aufbruchstimmung nach dem Motto, das bereits im Wahlkampf eine Rolle gespielt hatte: Wir werden uns unsere Rechte selber nehmen, nun da wir ein direktes Mandat der europäischen Bürger haben.“²⁷⁴

Europabegeisterung und der Wille, etwas Neues aufzubauen – die Anklänge an die 1950er- und 1960er-Jahre sind offensichtlich. Der Bevölke-

²⁷¹ Interview Focke, 16.9.1998, S. 16, in: HAEU, INT643.

²⁷² Focke an Monnet, 6.11.1978, in: FJM, AFF 4/3/70.

²⁷³ Focke, Freundschaft, 1999, S. 207.

²⁷⁴ Ebd.

rung könne man die EG nur nahebringen, wenn man „konkrete Projekte nachweisen“ könne, schrieb sie dem sozialdemokratischen Staatsminister im Auswärtigen Amt.²⁷⁵ Sie wiederholte damit ihr Credo, das bereits ihr Regierungshandeln von 1969 bis 1972 bestimmt hatte.²⁷⁶ Föderalistische Großprojekte wie den Verfassungsentwurf Altiero Spinellis lehnte die pragmatische Focke in weiten Teilen jedoch ab.²⁷⁷

Von 1979 bis 1989 war Focke Mitglied im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit, dessen Vorsitz sie zwischen 1984 und 1987 innehatte. Sie setzte sich besonders für die Förderung von Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit ein, die Frauen zugutekamen.²⁷⁸ Britische Diplomaten äußerten sich positiv über ihre Arbeit als Vorsitzende des Entwicklungsausschusses.²⁷⁹ 1984 trat sie als Spitzenkandidatin der SPD an. Erneut machte sie mit medienwirksamen Wahlkampfmethoden von sich reden.²⁸⁰ Sie genoss das multinationale Parlament, auf dessen Gängen sie ihr Sprachtalent einsetzen konnte. Es blieben allerdings einige Reibungspunkte: Die SPD-Europaabgeordneten fühlten sich von ihrer Parteispitze nicht richtig ernst genommen. Focke berichtete in der Rückschau von „ganz großen Problemen“.²⁸¹ 1989 verzichtete sie auf eine erneute Kandidatur. Dennoch engagierte sie sich intensiv im Wahlkampf zur dritten Direktwahl des EP, sodass der SPD-Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel sie ausdrücklich für ihren Einsatz lobte.²⁸² Focke blickte in ihrem Dankeschreiben an Vogel „zufrieden“ auf ihre Jahre im EP zurück, erwähnte aber auch, dass die SPD und die Bundestagsfraktion einen engeren Austausch mit der Sozialistischen Fraktion suchen müssten.²⁸³

²⁷⁵ Focke an Klaus von Dohnanyi, 13.5.1980, in: AdsD, 1/KFAA000049.

²⁷⁶ Daher holte sie sich wieder inhaltlichen Rat, ja direkte „Politikberatung“, wie sie es selbst ausdrückte, bei Zellentlin. Vgl. Focke, Freundschaft, 1999, S. 207 f.

²⁷⁷ Vayssière, *Européiste et eurocrate*, 2018, S. 475 f.; Interview mit Beate Kohler, 29.11.2022.

²⁷⁸ Vgl. Gespräch mit Karsten Brenner, 28.10.2025.

²⁷⁹ *Leading Personalities in the European Community*, 1985, S. 38, in: *The National Archives of the United Kingdom (TNA), Foreign and Commonwealth Office (FCO) 30/6155*.

²⁸⁰ „Katharina schönön“, in: *Der Spiegel* v. 11.3.1984.

²⁸¹ Interview Focke, 16.9.1998, S. 16, in: HAEU, INT643.

²⁸² Vogel an Focke, 10.7.1989, in: AdsD, 1/KFAA000096.

²⁸³ Focke an Vogel, 13.7.1989, in: AdsD, 1/KFAA000096.

Nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik blieb Focke ihrer bildungspolitischen Leidenschaft und Thinktank-Affinität treu. Von 1994 bis 2002 war sie Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Katharina Focke beim Europawahlkampf in Hannover. Hier mit dem Vorsitzenden der SPD-Niedersachsen Karl Ravens, Willy Brandt und dem Oberbürgermeister von Hannover Herbert Schmalstieg (v. l. n. r.), 1984

(Bildrechte: Hans Jürgen Fratzer/Hannover; AdsD, 6/FOTA005957)

Fazit

Die europäische Einigung war das Leitthema im beruflichen Wirken Katharina Fockes. Bereits in ihrer Jugend im Exil reifte ihr europapolitisches Denken durch die Mitarbeit an den Projekten ihres Vaters heran. In ihrer Dissertation führte Focke den supranationalen Gedanken konsequent fort. In den Europavereinigungen fand sie ihre Heimat. Sie organisierte, sie schrieb und verbreitete die Idee eines geeinten Europas im vorpolitischen Raum. Sie vermittelte zwischen Wissenschaft und Praxis und nahm früh

Einfluss auf die Politik, bis sie selbst aktiv gestalten wollte. Der integrationsfreundliche Flügel der SPD sagte ihr zu, und sie pflegte engen Kontakt zu Fritz Erler, Karl Mommer und Carlo Schmid, die sie immer wieder als Vorbilder bezeichnete. Die SPD war kein reiner Club der „Europaskeptiker“, sondern übte auch auf proeuropäische Personen wie Focke spürbare Anziehungskraft aus. An Focke zeigt sich exemplarisch der große Einfluss der Europaverbände und informeller Zirkel aus dem vopolitischen Raum auf die aktive Ausgestaltung der deutschen Europapolitik. Dies wurde in der Forschung bereits im Fall der CDU/CSU betont,²⁸⁴ muss aber auch für Teile der SPD gelten.

Ihre wissenschaftlichen und verbandspolitischen Vorarbeiten, ihr erfolgreicher Wahlkampf und der gute Draht zu Willy Brandt begründeten ihren steilen Aufstieg und die überraschende Ernennung zur Parlamentarischen Staatssekretärin. Sie wurde damit „verdeckte Europaministerin“. An der Seite Brandts konnte Focke aufgrund der engen persönlichen Bindung als europapolitische Antreiberin der sozial-liberalen Koalition aus dem Kanzleramt walten und gestalten. An der Umsetzung haperte es jedoch teilweise. Die Ministerien blockierten weitreichende Entwürfe, die die Beschlüsse des Haager Gipfels nach Auffassung Fockes schneller vorantreiben sollten. Der kurze Dienstweg zum Kanzler half ihr, Widerstände und Ressortinteressen zu umschiffen und eine strategische Europapolitik durchzusetzen. Dass ihre Gestaltungskraft dennoch Grenzen hatte, lag auch an den europäischen Partnern und den Partikularinteressen in Bonn. Focke war eine entscheidende Figur für den Kanzler, um Vorwürfe der westlichen Partner, wonach die Neue Ostpolitik auf Kosten der europäischen Integration ginge, zu entkräften. Sie machte sich stets für eine Westpolitik stark und konnte auf die Hilfe Jean Monnets zählen. Der Zusammenhang zwischen Ost- und Westpolitik zeigt sich daher im Wirken Fockes exemplarisch.

²⁸⁴ Vgl. v. a. Michael Gehler/Wolfram Kaiser, Transnationalism and European Integration. The Nouvelles Equipes Internationales and the Geneva Circle 1947–1957, in: The Historical Journal 44, 2001, H. 3, S. 773–798.

Nach 1972 war sie nicht mehr im Kanzleramt, blieb aber neben ihrer Rolle als Bundesministerin für Europa aktiv, zunächst als informelle Ratgeberin für Brandt. Ab 1979 arbeitete sie im Europäischen Parlament weiter am Bau des Hauses Europa und war eine „Leitfigur“ für die jüngeren Parlamentarier und Parlamentarierinnen ihrer Fraktion.²⁸⁵ Hier zeigte sich allerdings erneut ein Problem ihrer politischen Karriere: Sie besaß keine eigene Hausmacht und hatte zum Beispiel keinen Landesverband hinter sich, um ihren Forderungen und Zielen Nachdruck zu verleihen. Ein wirkliches Bemühen in dieser Hinsicht ist nicht erkennbar. Ebenso waren eine aktive Pressearbeit und der Aufbau eines Beziehungsgeflechts zu Journalistinnen und Journalisten nicht ihre Stärke. So bleibt die Vita Fockes die einer Intellektuellen, die als Quereinsteigerin in die Politik kam und dort aufgrund der Nähe zu Brandt in führender Position wirken konnte. Sie übernahm schon 1969 ihren Traumjob und strebte nicht nach höheren Ämtern, obwohl sie danach noch Bundesministerin wurde. Eine reine Außenseiterin war sie indes nicht, wengleich ihre soziale Herkunft und ihr Geschlecht eher ungewöhnlich für eine Karriere in der damaligen SPD waren.

²⁸⁵ Vgl. Gespräch mit Karsten Brenner, 28.10.2025.

Literaturverzeichnis

Abels, Gabriele/MacRae, Heather, Whose story is it anyway? Studying European integration with a gender lens, in: *Gabriele Abels et al.* (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Gender and EU Politics*, London 2021, S. 1–14.

Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, München 1996.

Bollier, Peter, *Zwischen Husten & Homer. Das Schulsanatorium Fridericianum Davos*, Davos 2018.

Bollier, Peter, *Die NSDAP unter dem Alpenfirn. Geschichte einer existenziellen Herausforderung für Davos, Graubünden und die Schweiz*, Chur 2016.

Bossuat, Gérard, *Drei Wege nach dem Gipfel von Den Haag. Monnet, Brandt, Pompidou und das Europa der 70er Jahre*, in: *Andreas Wilkens* (Hrsg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 353–386.

Brandt, Willy, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976.

Brauswetter, Hartmut, *Kanzlerprinzip, Ressortprinzip und Kabinettsprinzip in der ersten Regierung Brandt 1969–1972*, Bonn 1976.

Bussmann, Bernhard (Hrsg.), *Wege nach Gesamteuropa. Dokumentation der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa 1943–1965*, Köln 1966.

Clemens, Gabriele/Reinfeldt, Alexander/Rüter, Telse, *Europäisierung von Außenpolitik? Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in den 1970er Jahren*, Baden-Baden 2019.

Conze, Vanessa, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005.

Di Nonno, Maria Pia (Hrsg.), *Le madri fondatrici dell'Europa*, Rom 2017.

de la Paz Pando Ballesteros, María, Simone Veil. A Europeanist Committed to the Defence of Human Rights, in: *David Ramiro Troitiño/Ricardo Martín de la Guardia/Guillermo A. Pérez Sánchez* (Hrsg.), *The European Union and its Political Leaders. Understanding the Integration Process*, Cham 2022, S. 261–278.

Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994.

Eisermann, Daniel, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 bis 1972, München 1999.

Focke, Katharina, Ein Meisterwerk als Persönlichkeit, in: *Dieter Buhl* (Hrsg.), Marion Gräfin Dönhoff. Wie Freunde und Weggefährten sie erlebten, Hamburg 2006, S. 56–72.

Focke, Katharina, Freundschaft zwischen Wissenschaft und Politik, in: *Wolfgang Bergem et al.* (Hrsg.), *Friedenspolitik in und für Europa. Festschrift für Gerda Zellentin zum 65. Geburtstag*, Opladen 1999, S. 199–210.

Focke, Katharina, Erinnerungen an Jean Monnet, in: *Andreas Wilkens* (Hrsg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 23–30.

Frei, Norbert, Ernst Friedlaender – eine biographisch-publizistische Skizze, in: *ders./Franziska Friedlaender* (Hrsg.), *Ernst Friedlaender. Klärung für Deutschland. Leitartikel in der ZEIT 1946–1950*, Wien 1982, S. 7–33.

Friedlaender, Elsbeth, *Das Wesen des Übernationalen*, Dissertation, Universität Hamburg 1954.

Friedlaender, Ernst/Focke, Katharina, *Europa über den Nationen*, Köln 1963.

Gallus, Alexander, Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001.

Gehler, Michael/Kaiser, Wolfram, Transnationalism and European Integration. The Nouvelles Equipes Internationales and the Geneva Circle 1947–1957, in: *The Historical Journal* 44, 2001, H. 3, S. 773–798.

Germond, Carine/Türk, Henning, Der Staatssekretärausschuss für Europafragen und die Gestaltung der deutschen Europapolitik 1963–1969, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 2004, H. 1, S. 56–81.

Harpprecht, Klaus, Die Gräfin. Marion Dönhoff. Eine Biographie, Reinbek 2008.

Harpprecht, Klaus, Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Reinbek 2000.

Haungs, Peter, Wahlkampf und Wählerverhalten 1969, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1, 1970, H. 1, S. 90–106.

Hefty, Julia, Die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund. Eine Entwicklungsgeschichte seit 1967, Düsseldorf 2005.

Hiepel, Claudia, Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012.

Hiepel, Claudia, Europakonzeptionen und Europapolitik, in: *Bernd Rother* (Hrsg.), *Willy Brandts Außenpolitik*, Wiesbaden 2014.

Hiepel, Claudia, In Search of the Greatest Common Denominator. Germany and the Hague Summit Conference 1969, in: *Journal of European Integration History* 9, 2003, H. 2, S. 63–81.

Knoll, Thomas, Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999, Wiesbaden 2004.

Körner, Torsten, In der Männer-Republik. Wie Frauen die Politik eroberten, Köln 2021.

Kohler, Beate, Das Institut für Europäische Politik in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren. Vom Bildungswerk Europäische Politik zum Institut für Europäische Politik, in: *Hartmut Marhold* (Hrsg.), *Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik*, Baden-Baden 2019, S. 87–109.

Loth, Wilfried, Das Institut für Europäische Politik im europäischen Integrationsprozess, in: *Hartmut Marhold* (Hrsg.), *Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik*, Baden-Baden 2019, S. 23–38.

Loth, Wilfried, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt a. M. 2020.

Loth, Wilfried, Das Europa der Verbände. Die Europa-Union im europäischen Integrationsprozess (1949–1969), in: *Jürgen Mittag/Wolfgang Wessels* (Hrsg.), *Der kölsche Europäer. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung*, Münster 2005, S. 217–236.

Loth, Wilfried, Abschied vom Nationalstaat? Willy Brandt und die europäische Einigung, in: *Bernd Rother* (Hrsg.), *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse*, Bonn 2011, S. 114–134.

Loth, Wilfried, Détente and European Integration in the policies of Willy Brandt and Georges Pompidou, in: *N. Piers Ludlow* (Hrsg.), *European Integration and the Cold War. Ostpolitik-Westpolitik, 1965–1973*, London 2007, S. 53–66.

Marhold, Hartmut (Hrsg.), *Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik*, Baden-Baden 2019.

Marhold, Hartmut, Die Geburtsstunde des Instituts für Europäische Politik: Akteure und Faktoren, in: *ders.* (Hrsg.), *Wegbegleiter der europäi-*

schen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik, Baden-Baden 2019, S. 39–64.

Mittag, Jürgen, Im Zeichen des verbandlichen Europa-Engagements. Die Europa-Union, Friedrich Carl von Oppenheim und die Gründung des Instituts für Europäische Politik, in: *Hartmut Marhold* (Hrsg.), *Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik*, Baden-Baden 2019, S. 65–85.

Mittag, Jürgen/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), *Der kölsche Europäer. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung*, Münster 2005.

Müller, Kay/Walter, Franz, *Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette der deutschen Kanzlerdemokratie von Adenauer bis Schröder*, Wiesbaden 2004.

Nayhauß, Mainhardt Graf von, *Helmut Schmidt. Mensch und Macher*, Bergisch Gladbach 1988.

Niedhart, Gottfried, Zustimmung und Irritationen. Die Westmächte und die deutsche Ostpolitik 1969/70, in: *Ursula Lehmkuhl/Clemens A. Wurm/Hubert Zimmermann* (Hrsg.), *Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2003, S. 227–245.

Patel, Kiran Klaus, Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung. Ein Forschungsbericht, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50, 2010, S. 595–642.

Rudolph, Karsten (Hrsg.), *Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Band 5. Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992*, Bonn 2002.

Schirmann, Sylvain, Willy Brandt und die Anfänge des „sozialen Europas“ (1969–1974), in: *Andreas Wilkens* (Hrsg.), *Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung*, Bonn 2010, S. 305–319.

Schwabe, Klaus, Jean Monnet. Frankreich, die Deutschen und die Einigung Europas, Baden-Baden 2016.

Soell, Hartmut, Schmidt. Macht und Verantwortung, München 2008.

Vayssière, Bertrand, Européiste et eurocrate. La vie fédéraliste de Raymond Rifflet, Toulouse 2018.

Wambach, Kai, Rainer Barzel. Eine Biographie, Paderborn 2019.

Weinstock, Ulrich, Von der Sachlogik zum Pragmatismus. Erfahrungen als europäischer Beamter, in: Integration 10, 1987, H. 3, S. 121–127.

Wilkens, Andreas, In der „Logik der Geschichte“. Willy Brandt und die europäische Zäsur 1969/1970, in: ders. (Hrsg.), Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung, Bonn 2010, S. 241–275.

Wilkens, Andreas, New Ostpolitik and European Integration. Concepts and Policies in the Brandt Era, in: N. Piers Ludlow (Hrsg.), European Integration and the Cold War. Ostpolitik-Westpolitik, 1965–1973, London 2007, S. 67–80.

Wilkens, Andreas (Hrsg.), Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung, Bonn 2010.

Woyke, Meik (Hrsg.), Willy Brandt – Helmut Schmidt. Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), Bonn 2015.

Über den Autor



Rechte: Kevin Ryl

PD Dr. Bastian Matteo Scianna ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Privatdozent am Historischen Institut der Universität Potsdam. 2023 wurde er habilitiert mit der Schrift: „Europa ohne Grenzen. Die Entstehung eines europäischen Mobilitätsregimes von der Nachkriegszeit bis zum Schengener Abkommen“. Neben europäischer Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts befasst Scianna sich auch mit „gegenwartsnaher Zeitgeschichte“. Zuletzt erschien von ihm: „Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990“ (C. H. Beck, 2024).

Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie

Anja Kruke/Ewald Grothe (Hrsg.): Fragile Akten? Herausforderungen digitaler Überlieferungsbildung und Faktizität (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 25), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2026 | <https://collections.fes.de/publikationen/content/titleinfo/1968938>

Meik Woyke (Hrsg.): Georg Flatow (1889–1944). Sozialdemokratischer Jurist und Vordenker der betrieblichen Mitbestimmung (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 24), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2026 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1962896>

Rainer Hering/Meik Woyke (Hrsg.): Perspektiven auf Helmut Schmidt (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 23), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2024 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1572409>

Marc Buggeln: Ohne Steuern keine Demokratie? Vergangenheit und Zukunft eines engen Verhältnisses (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 22), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/450030>

Peter Beule (Hrsg.): Krisenwahrnehmung und Krisenhandeln im 20. Jahrhundert (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 21), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/450293>

Stefan Müller (Hrsg.): Konservativer und gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu Carl F. Goerdeler und Wilhelm Leuschner (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 20), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/451244>

Michael Schwartz: Wenzel Jaksch (1896–1966). Biografische Schlaglichter auf einen Sozialdemokraten aus Mitteleuropa (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 19), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/450945>

Jacob Hirsch (Hrsg.): Jüdische Menschen in der Arbeiterbewegung. Porträts – Debatten – Motive (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 18), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/451082>

Annabel Walz/Andreas Marquet (Hrsg.): Sicher sichern? Social Media-Archivierung aus rechtlicher Perspektive im Archiv der sozialen Demokratie (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 17), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/461199>

Peter Beule/Stefan Müller (Hrsg.): Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 16), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/461271>

Peter Beule (Hrsg.): Demokratie erlebbar machen – aber wie? Die Frankfurter Paulskirche und das „Haus der Demokratie“ als Herausforderung und Chance (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 14), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/460585>

Udo Achten (Hrsg.): Wer kämpft, kann verlieren – Trotzdem! Geschäftsbericht des Deutschen Werkmeister-Verbands 1931 (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 13), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/452275>

Stefan Müller: Die Spanische Grippe. Wahrnehmung und Deutung einer Jahrhundertpandemie im Spiegel der sozialdemokratischen Presse (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 12), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/453092>

Weitere Publikationen

Peter Beule (Hrsg.): Gutes Klima – gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/453176>

Peter Beule (Hrsg.): Smart work!? Mitbestimmung im digitalen Zeitalter (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/452584>

Peter Beule (Hrsg.): Friedrich Eberts Wahl zum Reichspräsidenten - Mut zur Demokratie! (Gesprächskreis Geschichte, Heft 108), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/453924>

Anja Kruke/Ann Kathrine Maier (Hrsg.): Das Archiv der sozialen Demokratie in 50 Objekten, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022.

Michael Schneider: Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2021 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/452404>

Nora Thorade: Vernetzte Produktion. Computer Integrated Manufacturing (CIM) als Vorgeschichte von Industrie 4.0, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/453093>

Gedruckte Exemplare können Sie, soweit vorrätig, kostenlos bei uns bestellen:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie
Godesberger Allee 149
52175 Bonn

Tel.: +49 228 883 8026
E-Mail: public.history@fes.de

Madame Europe: Katharina Focke, die SPD und die europäische Einigung

Katharina Focke (1922–2016) war seit ihrer Jugend eine begeisterte Europäerin. Sie arbeitete im vorpolitischen Raum am Bau des Hauses Europa. Sie vermittelte zwischen Wissenschaft und Praxis und nahm früh Einfluss auf die Politik, bis sie selbst aktiv gestalten wollte. In den 1960er-Jahren fand Focke ihren Weg in die SPD. Von 1969 bis 1972 war sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt und vor allem für die Europapolitik zuständig. Sie lancierte immer wieder europapolitische Initiativen und setzte sich für eine Balance zwischen Ost- und Westpolitik ein. 1979 wurde sie Mitglied im Europäischen Parlament und Europa blieb ihr Lebensthema.

An Focke zeigt sich exemplarisch der große Einfluss der Europaverbände und informeller Zirkel auf die deutsche Europapolitik. Zudem steht sie für eine integrationsfreundliche Strömung innerhalb der SPD. An der Seite von Willy Brandt fungierte Focke aufgrund ihrer engen persönlichen Bindung zum Kanzler als europapolitische Antreiberin der sozial-liberalen Koalition.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/geschichte